

TECHNIK UND WIRTSCHAFT

MONATSSCHRIFT DES VEREINES DEUTSCHER
INGENIEURE • REDAKTEUR D. MEYER

8. JAHRG.

MAI 1915

5. HEFT

KRIEG UND INDUSTRIELLE FRAUENARBEIT.

Von JOSEPHINE LEVY-RATHENAU.

Die Kriegsmonate haben mit kaum vor auszusehender Klarheit gezeigt, daß Deutschlands militärische Macht und Widerstandsfähigkeit durch seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auf das wirksamste unterstützt wird. Die deutsche Industrie hat vermöge ihrer außerordentlichen Umwandlungs- und Anpassungsfähigkeit dazu beigetragen, den gefährlichsten innern Feind, das Gespenst der Arbeitslosigkeit, überraschend schnell zu bannen.

Die Ursachen, die diese allgemein anerkannten Tatsachen herbeigeführt haben, dürfen wohl nicht mit Unrecht zum Teil darin gefunden werden, daß Deutschland über eine große, hochwertige Arbeiterschaft verfügt, der ein Umlernen, Anpassen und Sich-Einfügen in neue, veränderte Arbeitsaufgaben nicht allzu viel Schwierigkeiten bereitet.

Man hat der Heranbildung eines wohlgeschulten Nachwuchses, besonders in der mechanischen Industrie, in den letzten Jahren eine ständig steigende Beachtung geschenkt, wofür u. a. die Verhandlungen des Deutschen Ausschusses für technisches Schulwesen beredtes Zeugnis ablegen. Auch in dieser Zeitschrift ist vor etwa zwei Jahren ein beachtenswerter Aufsatz von Dr.-Ing. A. von Rieppel, Nürnberg, über „Die Erziehung des Industriearbeiters“ (erschieden ¹⁾), in dem meines Wissens zum erstenmal von der Seite der Arbeitgeber darauf hingewiesen worden ist, daß auch der Ausbildung der weiblichen Arbeiterschaft große Bedeutung beizumessen ist.

Rieppel sagt: „Diese Arbeitskräfte (d. h. die weiblichen) werden heute in so großer Zahl beschäftigt, daß die Industrie in der Allgemeinheit für die Zukunft ihre Ausbildung nicht unbeachtet lassen darf. Die Zahl der weiblichen Arbeiter nimmt in Deutschland gewaltig zu. Für ihre Ausbildung zu einem Beruf geschieht fast noch nichts. So kommt es auch, daß gerade die weiblichen Arbeiter nach den Erhebungen der Arbeitsnachweise am meisten die Stellen und die Berufstätigkeit wechseln. Damit werden große sittliche und materielle Werte vergeudet. Es sollte deshalb angestrebt werden, auch die weiblichen Arbeiter beruflich und schulmäßig auszubilden.“

¹⁾ T. u. W. 1913 S. 421 und 641.

Die hier ausgesprochenen Ansichten decken sich durchaus mit den Anschauungen derjenigen Frauenverbände, welche seit Jahr und Tag für eine erweiterte Berufsbildung der Arbeiterinnen eintreten, und zwar vornehmlich mit denen des Verbandes für handwerksmäßige und fachgewerbliche Ausbildung der Frau. Dieser Verband hat im April 1913 auf seiner zweiten Hauptversammlung das Thema „Das Interesse der Industrie an der Ausbildung der weiblichen Arbeiterschaft“ zum Hauptgegenstand seiner Verhandlungen gemacht und unaufhörlich darauf hingewiesen, daß „in der Industrie wie in jedem anderen Erwerbszweig die intellektuelle Hebung und moralische Disziplinierung des jugendlichen Arbeiternachwuchses die Produktivität der Arbeit steigert“ und „daß die Frauen teilweise in gleicher Arbeit wie die Männer an Stellen des Produktionsprozesses verwendet werden, für welche Schulung irgendwelcher Art erforderlich ist“ (vgl. Leitsätze von Dr. Rosa Kempf).

Die Entwicklung der Technik hat das Eindringen weiblicher Kräfte vornehmlich dort erleichtert, wo die hochwertige Leistung des gelernten Arbeiters in eine Anzahl von Teilverrichtungen zerlegt werden kann, ohne daß dadurch eine Minderung des Qualitätswertes des Erzeugnisses entsteht. Zur tadellosen Ausführung dieser Teilverrichtungen bedarf es natürlich nicht der vollen mehrjährigen Ausbildung der jugendlichen Arbeiterin zur gelernten Arbeitskraft, aber doch einer gewissen Ausbildung einfacherer Art, die bisher auch nur in den allerseltensten Fällen vermittelt wird.

Zu beachten ist ferner, daß heute viele Arbeitsvorgänge, die von Männern weniger gut oder auch gar nicht ausgeführt werden können, ausschließlich durch Frauen verrichtet werden und daß sich gerade in solchen Fällen schon oft das Bedürfnis gezeigt hat, besonders geeignete Frauen zu Vorarbeiterinnen oder auch Werkmeisterinnen ganzer Frauenabteilungen zu machen.

Die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte ist, wie ja natürlich, seit dem Kriegsausbruch ganz erheblich gestiegen. Selbst solche Betriebe, die der Frauenarbeit bisher sehr ablehnend gegenüberstanden, haben sich zu ihrer Verwendung entschließen müssen. So wird z. B. von der Firma Fried. Krupp A.-G. berichtet, daß sie seit Kriegsausbruch in zwei Betrieben der Gußstahlfabrik, der Zünder- und der Federwerkstatt, einige hundert Frauen und Mädchen als Arbeiterinnen eingestellt hat. Eine bekannte süddeutsche elektrotechnische Fabrik beschäftigt jetzt Frauen an mittelschweren Stanzen und Pittler-Revolverbänken sowie mit Kontrollarbeiten und ist mit dem erzielten Ergebnis sehr zufrieden.

Der Berliner Arbeitsnachweis berichtet, daß in der Metallindustrie Frauen vielfach an die Stelle der angelernten Arbeiter getreten sind, obwohl es sich zumeist um körperlich schwere Arbeit handelt, von der sich noch nicht übersehen läßt, ob sie ohne Schaden für die Gesundheit dauernd ausgeführt werden kann. Aus der Oberschlesischen Groß-Eisenindustrie wird mitgeteilt, daß dort großer Mangel an gelernten Arbeitern herrscht und sich nach den dortigen Anschauungen besonders die Dreharbeit für weibliche Arbeitskräfte eignen könnte, wenn sich die Frauen nur entsprechend vorbereiten würden.

In Berücksichtigung dieser Tatsachen darf man sich wohl schon jetzt die Frage vorlegen, ob nicht künftig in ganz anderem Umfang als bisher der Heranbildung eines leistungsfähigen Arbeiterinnennachwuchses, der über die Fähigkeit verfügt, auch einen fremdartigen Gegenstand mit Überlegung und

geringer Arbeitsaufwendung herzustellen, Beachtung geschenkt werden muß. Deutschland muß nach dem Kriege mit größtem Nachdruck auf die Steigerung seines Volkswohlstandes bedacht sein und darf Kräfte, die sich in Zeiten der Not als brauchbar erwiesen haben, nicht einfach wieder ausschalten und lahmlegen. Zudem werden wir wohl nach einem glücklichen Kriege mit einem vermehrten Umsatz bei einer verringerten männlichen Arbeiterzahl zu rechnen haben.

Dazu kommt, daß der Krieg die weibliche Arbeiterjugend, und zwar besonders die Töchter der Kriegsinvaliden und der Gefallenen, stärker als je zuvor in die Erwerbsarbeit drängt, durch die sie oft im jugendlichsten Alter versuchen müssen, sich auf eigene Füße zu stellen.

Gerade für die weiblichen Jugendlichen wünschen wir Frauen von ganzem Herzen eine gewisse Fachbildung, weil wir in der Kriegswohlfahrtarbeit an den Scharen der arbeitslos gewordenen Fabrikarbeiterinnen besonders deutlich den Zusammenhang von ungelernter Arbeit, häufigem Arbeitswechsel, Unfähigkeit zur Anpassung, Ungeschicklichkeit bei der Neuanlernung usw. beobachten konnten. Je mehr die Mädchen nur auf die Verrichtung einfachster, stumpfsinniger Handgriffe gedrillt werden, um so mehr verlernen sie es, mit Überlegung und Verständnis zu arbeiten, so daß sie schließlich nicht nur bei der gewerblichen Arbeit, sondern auch bei den häuslichen Verrichtungen versagen.

Man versuche deshalb einmal, neben dem oder statt des von den Fabrikleitungen so gern geschaffenen hauswirtschaftlichen Unterrichtes fachgewerbliche Unterweisung einzuführen, die die Mädchen befähigt, die vielen Arbeitsstunden hindurch ihre Arbeit mit ihrem Tätigkeitsbereich in irgendeine Verbindung zu bringen, und versuche dann festzustellen, ob die geistige Regsamkeit nicht steigt.

Der Einwand, daß die Mädchen selbst nicht höher hinauswollen, daß sie sich bei der gleichförmigen Arbeit am wohlsten fühlen und nur darauf sehen, hohe Akkordlöhne zu erzielen, erscheint mir in der Verallgemeinerung, wie er gewöhnlich gemacht wird, nicht zutreffend. Es gibt sogar genug gebildete Menschen, denen Bildungsvorteile auch nicht ohne weiteres einleuchtend erscheinen, und ungelerten Fabrikarbeiterinnen ist bisher wohl nur in den seltensten Fällen der Vorteil fachlicher Aus- und Weiterbildung mit ihnen verständlichen Worten dargestellt worden. So sollte man die Begabteren unter ihnen zu ihrem eigenen und der Industrie Vorteil zu einer gewissen Fortbildung zwingen, wie das mit größtem Nutzen in den letzten Jahren bei den Handwerkerinnen geschehen ist.

Das erste und weitaus beste Zwangsmittel ist die Einführung der Fortbildungsschulpflicht, die in vorbildlicher Weise im April 1913 von der Stadt Berlin durchgeführt worden ist, die aber leider von vielen Arbeitgebern noch für durchaus überflüssig angesehen und vielfach sogar bekämpft wird. Die Fortbildungsschule muß es vermeiden, den ungelerten Arbeiterinnen ausschließlich hauswirtschaftlichen Unterricht zu geben, und einen möglichst weitgehend fachlich gegliederten Berufsunterricht erteilen.

Gerade durch einen solchen Unterricht wird es gelingen, die Mädchen an ihre Arbeitstätte oder doch wenigstens an ihren Industriezweig zu fesseln, während heute 16- bis 18 jährige Großstadtarbeiterinnen oft schon in 4 bis 6 gänzlich verschiedenen Industrien tätig waren. Ein geregelter, durch mehrere

Jahre hindurch fortgeführter fachlicher Fortbildungsunterricht, der den jungen Arbeiterinnen die Bedeutung auch ihrer kleinen Teilarbeit für das Gesamtergebnis zeigt, erleichtert auch in besonderem Maße die Einführung bürgerkundlicher und staatsbürgerlicher Belehrung. Wenn in den Frauenkreisen, die für eine erweiterte Frauenbildung eintreten, noch eine Spur von Zweifel über den Wert solcher Belehrung bestanden hätte, so hätten die Kriegsmonate diese hinwegfegen müssen.

Das Fehlen eines jeden Verständnisses für die mit der gegenwärtigen schwierigen Volksernährungsfrage zusammenhängenden Forderungen, das In-den-Tag-Hineinleben ohne das geringste allgemeine Verantwortlichkeitsgefühl kann aber weder den jungen Arbeiterinnen noch den Arbeiterfrauen zum Vorwurf gemacht werden. Ihr ganzes Leben ist darauf gestellt, so viel zu verdienen, daß sie sich leidlich auskömmlich ernähren können. So wissen sie die ihnen gegenwärtig in vielen industriellen, mit Kriegslieferungen überreich versehenen Gegenden zuströmenden günstigen Löhne nur in materiellen Genüssen, in reichlicherem Nahrungsmittelverbrauch anzulegen.

Die gemachten Erfahrungen müssen dazu führen, die brachliegende Frauenintelligenz künftig besser zu schulen und stärker dafür Sorge zu tragen, daß sich erziehliche Einflüsse über die Schule hinaus in fachlichem und bürgerkundlichem Unterricht geltend machen. Wo die Gemeinden durch die Kriegslasten so stark in Anspruch genommen sind, daß sie einen allgemeinen Fortbildungsschulzwang für sämtliche gewerblichen Arbeiterinnen nicht möglichst bald einführen könnten, sollte die Industrie selbst, die auf so vielen Gebieten bahnbrechend vorangeht, einen wöchentlich etwa 4- bis 8 stündigen Fachfortbildungs-Schulunterricht in besondern Werkkursen während oder im Notfall auch außerhalb der Arbeitszeit einrichten. Außerdem wäre zu erwägen, ob sich nicht in einzelnen Betrieben eine wenn auch nur mehrmonatige Lehrzeit für Facharbeiterinnen einführen ließe.

Es ist vielleicht am Platze, gerade jetzt daran zu erinnern, daß M. W. Alexander, Direktor der General Electric Co. in West Lynn, Mass., in einem im Juni 1913 gehaltenen Vortrag im Deutschen Ausschuß für technisches Schulwesen auf Grund einer an ihn gerichteten Anfrage folgendes mitgeteilt hat: „Die General Electric Co. beschäftigt heute insgesamt etwa 15 000 weibliche Arbeiter hauptsächlich bei der Herstellung von Glühlampen, aber auch für Wicklungen kleiner Maschinen, für die Herstellung verschiedener Isolationsstoffe und für ähnliche Arbeiten. Ich verrate fast ein Geheimnis, wenn ich berichte, daß das Lynner Werk seit 6 Monaten eine Lehrlingswerkstätte für weibliche Arbeiter hat, allerdings in ganz kleinem Maßstabe. Wir wissen noch nicht, wie dieser Versuch ablaufen wird, denn hier spielen neue Einflüsse mit. Eine amerikanische Arbeiterin ist sehr unabhängig, sie heiratet verhältnismäßig zeitig, ihr ganzer Gedankengang ist natürlich auf Heirat gerichtet. Wenn wir sie angelernt haben, geht sie oft weg, um zu heiraten, während der Mann, wenn er heiratet, im Gegenteil viel seßhafter wird. Bei ihm lohnt sich die Ausbildung mehr; außerdem ist die Arbeiterin schwerer zur Arbeit anzulernen. Nichtsdestoweniger haben wir den Versuch gemacht. In dem Lynner Werk kommen alle Arbeiterinnen einer Abteilung vorerst in die Lehrlingswerkstätte hinein und erhalten hier einen vorderhand allerdings nur kurzen Unterricht von 6 bis 8 Wochen; dabei

lernen sie gewisse Fertigkeiten und werden dann in die Fabrik geschickt. Das ist der erste Anfang eines Lehrlingswesens für weibliche Arbeiter²⁾“.

Was in Amerika, allerdings in einem der größten Werke, möglich ist, sollte doch auch in unserer deutschen Industrie wenigstens einmal versucht werden. Erfreulicherweise hat eine Berliner Elektrizitäts-Großfirma schon vor dem Kriege, im April 1914, einen besonders bahnbrechenden Schritt getan und zunächst einen, und nach gutem Erfolg im Oktober 1914 einen zweiten weiblichen Mechanikerlehrling mit mehrjährigem Lehrvertrag eingestellt.

Es soll nun natürlich keineswegs gesagt sein, daß die allgemeine Einstellung von Mädchen als gelernten Arbeiterinnen das allein Wünschenswerte und zu Erstrebende ist, es soll nur darauf hingewiesen werden, daß in der mechanischen Industrie wie überhaupt überall im gewerblichen Leben die Bahn für die wenigen frei sein muß, die vorwärts zu kommen streben. Kräftige und geeignete Mädchen dürfen um ihres Geschlechtes willen nicht von Ausbildungsmöglichkeiten ausgeschlossen werden, die für die tüchtigen Jugendlichen geschaffen sind. Aus dieser Anschauung erklärt sich der Wunsch, daß Großbetriebe, die eigene Werkschulen unterhalten, in besondern Fällen dort auch Mädchen aufnehmen mögen.

In einem in den „Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung“, herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, 1913 veröffentlichten Aufsatz „Zur Frage der fachlichen Ausbildung der Arbeiterinnen von sozialpolitischen Gesichtspunkten“ hat Dr. Dora Landé darauf hingewiesen, daß eine irgendwie nennenswerte Ausbreitung gelernter Frauenfabrikarbeit nicht wahrscheinlich ist, weil proletarische Kreise im allgemeinen aus Mangel an Mitteln ihre Töchter kein Fabrikhandwerk erlernen lassen können und die etwas höher stehenden kleinbürgerlichen Kreise solche Ausbildung aus sozialen Standesrücksichten nicht anstreben. Sie hält die Ausbreitung der weiblichen Fabriklehre aber auch nicht für wünschenswert, weil die Frau infolge geringerer Lohnforderungen auch bei gelernter Arbeit ebenso schnell zur Unterbieterin des Mannes werden würde, wie sie es bei der angelernten Arbeit, in der sie den Mann in Massen ersetzt, geworden ist.

Eine solche Gefahr würde doch wohl aber dann kaum vorliegen, wenn die Frauen in der Hauptsache für solche Arbeiten ausgebildet würden, die sie infolge ihrer besonderen weiblichen Eigenart besser als der Mann ausführen können und die entsprechend bezahlt werden, weil sie Höchstleistungen darstellen, für die nicht leicht Ersatz zu finden ist.

Wenn man bedenkt, daß der Krieg Tausende von Arbeiterfrauen mit oft vielköpfigen Kinderscharen zu Witwen macht, muß man wünschen, daß das durch gute Arbeitsleistungen zu erzielende Einkommen hoch genug steigen kann, um die Familien auch ohne Berücksichtigung der doch nur sehr kleinen Renten ausreichend zu ernähren. Die Industrie bezieht in den letzten Jahren in ständig wachsendem Maß ihren Arbeiter Nachwuchs aus ihren eigenen

²⁾ Vgl. Forschungsarbeiten auf dem Gebiete des Ingenieurwesens, herausgeg. vom Verein deutscher Ingenieure, Kommissionsverlag Julius Springer, 1914, Berlin, Heft 148/149, M. W. Alexander, Die praktische Ausbildung von gelernten Arbeitern und technischen Beamten in der mechanischen Industrie der Vereinigten Staaten von Amerika.

Reihen und nicht wie in früheren Jahren aus der Landwirtschaft. Daraus ergibt sich, daß sie in ihrem eigenen Interesse, um dauernd über leistungsfähige Kräfte verfügen zu können, darauf achten muß, die Frauen und Mütter gesund zu erhalten, ohne sie durch allzu schwere Arbeit körperlich zu erschöpfen oder durch allzu niedrige Löhne auf eine unterste Stufe der Lebenshaltung herabzudrücken.

„Der beste Mutterschutz für jene Bevölkerungskreise, welche auf die Arbeit angewiesen sind, ist eine Hebung der Berufstätigkeit ihrer Frauen“ und „Um der feineren Qualitäten willen, welcher die Frau als Mutter bedarf, muß das Volksganze bemüht sein, die Arbeit der Frauen nicht auf die erniedrigenden und stumpfsinnigen Tätigkeiten sinken zu lassen“, sagt die vorzügliche Sachkennerin Dr. Rosa Kempf in ihrer schon erwähnten Schrift „Das Interesse der Industrie an der Ausbildung der weiblichen Arbeiterschaft“ (vgl. Schriften des Verbandes für handwerksmäßige und fachgewerbliche Ausbildung der Frau, Heft 4, Selbstverlag, Berlin W).

Von welcher Seite man also auch die Frage betrachtet, ausgehend von dem eigenen Interesse der Industrie, die tüchtige Arbeitskräfte gebraucht, oder von dem Interesse der einzelnen Arbeiterin, der der Weg zum Aufstieg frei sein muß, sowie schließlich vom Interesse unseres Volksganzes, das jetzt mehr als je gesunder Mütter und denkender Hausfrauen bedarf, immer wieder wird man zu der Forderung gedrängt, auch die weibliche Arbeiterschaft teilnehmen zu sehen an den gewerblichen Bildungseinrichtungen, die Deutschlands Industrie so groß und leistungsfähig gemacht haben. Niemand wünscht überhastete Maßnahmen oder allzu stark einschneidende Änderungen. Nur die seit Jahren erhobene Forderung nach Einführung der fachgewerblichen Fortbildungsschulpflicht sollte schnell Gehör finden und die Zulassung einer kleinen, dünnen Oberschicht tüchtiger junger Arbeiterinnen zur Fabriklehre oder zum Werkschulunterricht bald erfolgen.

Der Krieg hat gezeigt, wie rasch wir in Stunden der Gefahr umzulernen vermögen; vielleicht lehrt er auch die maßgebenden Stellen, daß es eine lohnende Aufgabe ist, sich der Ausbildung der industriellen Arbeiterinnen anzunehmen.

DIE KOLONIALEN BERGBAUGESELLSCHAFTEN.

Von **OTTO JÖHLINGER, Berlin.**

(Schluß von Seite 94.)

Gold findet sich in sehr vielen unserer Schutzgebiete; sowohl in Südwestafrika, als auch in Kamerun und Togo sind Goldfunde bekannt geworden. In Südwestafrika hat man sogar größere Spuren entdeckt, und namentlich auf dem Kaokofelde wird zur Zeit das Goldvorkommen einer eingehenden Untersuchung unterzogen. Daß sich auf dem Kaokofelde ein recht gutes Golderz findet, unterliegt keinem Zweifel. Fraglich ist nur, ob es möglich ist, dieses Gold wirtschaftlich abzubauen. Die von dem Bergingenieur Kuntz von den Kaokofeldern mitgebrachten Goldproben zeigen eine gute Beschaffenheit.

Das einzige Goldbergwerk, das bis jetzt in den Kolonien besteht und das auch schon einen regelrechten Abbau betreibt, befindet sich in Deutsch-Ostafrika. Es ist in den Händen der Kironda-Goldminen-Gesellschaft m. b. H., die im Jahre 1908 von der Centralafrikanischen Bergwerks-Gesellschaft und von dem Irangi-Syndikat gegründet wurde. Das Goldvorkommen, das diese Gesellschaft ausbeutet, befindet sich in Sekenke im Norden von Deutsch-Ostafrika. Hier besitzt die Gesellschaft rd. 12 qkm Land- und Bergbau-Konzession. Das Kapital der Gesellschaft beträgt $1\frac{1}{4}$ Mill. M. Hiervon haben die beiden Gründer, nämlich das Irangi-Syndikat und die Centralafrikanische Bergwerks-Gesellschaft, je $\frac{1}{4}$ Million M für das Einbringen ihrer Rechte und für geleistete Aufschlußarbeiten erhalten; außerdem einen Anteil in Höhe von $\frac{1}{4}$ Million M als Gegenwert für aufgewandte Barmittel. Nachdem die Gesellschaft bis zum Jahre 1910 ohne Ertrag gearbeitet hatte, schüttete sie im Jahre 1911 zum ersten Mal eine Dividende, und zwar 8 vH, aus; im folgenden Jahre blieb sie aber wieder dividendenlos. Die Anlagen der Gesellschaft einschließlich der Goldfelder und Metalle standen in der letzten Bilanz mit ungefähr 1 Mill. M zu Buche.

Die Förderung der Kironda-Gesellschaft hat sich von Jahr zu Jahr vermehrt. 1909 betrug sie erst 139 kg, 1910 bereits 340 kg. Der Goldwert stieg in der gleichen Zeit von 400 000 M auf annähernd 1 Mill. M. Die Gesellschaft hat mehrfach unter Schwierigkeiten bei den Maschinen sowie unter Wassereintrüben zu leiden gehabt, wodurch die Förderung beeinträchtigt wurde. Da sie sich weit im Innern und in beträchtlicher Entfernung von Bahnstationen befindet, so ist das Heranschaffen von Arbeitsmaschinen und dergleichen sehr erschwert. Infolge der Wasserschwierigkeiten ging im Jahre 1912 die Goldausbeute von 964 600 M auf 467 000 M zurück. Die Folge davon war, daß die Gesellschaft von einer Dividendenzahlung absehen mußte. Der Verlust betrug rd. 137 000 M.

Über die Aussichten der Gesellschaft läßt sich nur schwer etwas sagen. Sie befand sich aber, wie bereits erwähnt, schon im Zustande der Wirtschaftlichkeit, und man rechnet auch damit, daß dieser später anhalten wird. Eine Verbesserung dürfte die Lage der Gesellschaft erfahren, wenn die Nordbahn weiter ausgebaut wird und in die Nähe des Goldbergwerkes geführt werden sollte. Die Menge des bisher in Sicht befindlichen Erzes beträgt ungefähr 30 000 t, der Goldgehalt durchschnittlich 50 g/t.

Ebenfalls mit der Verwertung des Goldvorkommens beschäftigt sich die Muttergesellschaft der Kironda-Gesellschaft, die Centralafrikanische Bergwerks-Gesellschaft. Diese Gesellschaft wurde im Jahre 1905 in Berlin in der Rechtsform der deutschen Kolonial-Gesellschaften gegründet. Sie hat eine große Anzahl von Edelmetall-Schürffeldern, die ihr von ihrer Muttergesellschaft, der Centralafrikanischen Seen-Gesellschaft, übertragen worden sind. Das aussichtsreichste Goldvorkommen, nämlich bei Sekenke, hat die Gesellschaft, wie erwähnt, an die Kironda-Goldminen, die zu diesem Zweck gegründet wurden, abgetreten. Der nominelle Anteil an dieser Gesellschaft beträgt $\frac{1}{4}$ Million M. Die Centralafrikanische Bergwerks-Gesellschaft, die mit einem Kapital von 1,2 Mill. M arbeitet, hat bis jetzt in der Hauptsache Aufschlußarbeiten geleistet und, abgesehen von dem Goldbergwerk Kironda, einen Ertrag noch nicht erzielt. Ja, sie arbeitet sogar mit einer Unterbilanz von annähernd 725 000 M, die für Ar-

beiten in Ostafrika aufgewandt worden sind. Eine Dividende hat daher die Gesellschaft bis jetzt noch nicht ausgeschüttet. Über die Zukunft des Unternehmens läßt sich erst dann etwas sagen, wenn über die Goldvorkommen, die die Gesellschaft besitzt, Klarheit besteht.

Günstiger als die Centralafrikanische Bergwerks-Gesellschaft hat die Centralafrikanische Seen-Gesellschaft, das Mutterunternehmen, gearbeitet, das allerdings in einem viel kleineren Umfange gegründet ist. Die Gesellschaft verfügt über ein Kapital von 600 000 M. Ihre Tätigkeit ist, im Gegensatz zu der Centralafrikanischen Bergwerks-Gesellschaft, auf die Verwertung von Salz gerichtet. Sie ist an der Bergwerks-Gesellschaft nach dem letzten Geschäftsbericht mit $\frac{1}{2}$ Million M beteiligt. Nach einigen ertraglosen Jahren schüttete sie dreimal hintereinander 5 vH Dividende aus, blieb dann zwei Jahre wieder ertraglos und gab dann dreimal je 8 vH. Wie schon erwähnt, hat die Gesellschaft die ihr zustehenden Rechte auf Goldfelder abgetreten und beschränkt sich nur auf die Salzgewinnung. Sie hat zu diesem Zweck eine Anzahl Niederlassungen. Die wichtigste davon ist die Saline Gottorp. Außerdem hat sie noch Ländereien in Kigoma, die dadurch an Wert gewinnen, daß bekanntlich die Endstation der ostafrikanischen Mittel-Landbahn nach Kigoma verlegt worden ist. Hierdurch werden die Grundstücke der Gesellschaft nicht unwesentlich im Wert erhöht.

Das Salz wird aus dem Wasser einer Quelle gewonnen, das in einer Fabrik verdunstet wird. Dabei befindet sich die Gesellschaft in der angenehmen Lage, daß ihre Erzeugung viel kleiner ist als die Nachfrage. Die Eingeborenen haben einen sehr großen Salzbedarf, und die Gesellschaft hat in der Umgegend keine Mitbewerber. Mit Rücksicht auf den geringen Wert des Salzes ist ein Versenden auf weitere Strecken aber vorläufig unmöglich. Es wird einstweilen in der Hauptsache in der Umgegend abgesetzt. Der Absatz vollzieht sich aber sehr leicht, da die Eingeborenen das Salz an der Saline zu einem großen Teil abholen. Für spätere Zeiten ist eine Ausdehnung des Betriebes geplant, und namentlich nach Fertigstellung der Mittellandbahn soll die Gewinnung beträchtlich verstärkt werden. Die Gesellschaft rechnet damit, daß sie dann größere Mengen von Salz nach dem Kongogebiet, das ja für uns in Zukunft eine erhöhte Bedeutung haben wird, absetzen wird, und zwar auf dem Wege über den Tanganjika-See.

Wie schon erwähnt, ist der Salzbedarf Deutsch-Ostafrikas sehr groß, und trotz der eigenen Erzeugung ist Ostafrika gezwungen, jährlich große Mengen von Salz aus dem Auslande zu beziehen. Zu den Lieferanten gehören u. a. Sansibar und Indien. Die Zukunft der Salzgewinnung in Deutsch-Ostafrika wird in Fachkreisen als günstig geschildert, um so mehr, als die Förderung eine angemessene Rente in Aussicht stellt. Man hofft, mit der Ausdehnung der Gewinnung in den nächsten Jahren einen großen Teil des Bedarfes in ganz Ostafrika zu decken. Allerdings stellt sich an der Küste das indische Salz etwas billiger als das ostafrikanische. Dabei wird aber darauf hingewiesen, daß das ostafrikanische Salz erheblich besser sei.

Von Interessenten wird zur Zeit die Einführung eines Salzzolles gewünscht, da man hofft, daß dadurch das billigere Salz vom ostafrikanischen Markt verdrängt wird und daß alsdann der ganze Markt aus den eigenen Salinen versorgt werden kann. Der Fiskus von Ostafrika ist an der Gewinnung von

Salz finanziell interessiert. Die Centralafrikanische Seen-Gesellschaft hat ihm eine Abgabe von 10 vH des Wertes zu leisten. Im Jahre 1911 erbrachten die Einnahmen aus dem Salzverkauf 228 000 M. Hiervon hat der Fiskus eine Abgabe in Höhe von 23 000 M erhalten, 1912 bei 142 000 M Einnahmen 14 400 M. Gelegenheit zur Salzförderung gibt es in Deutsch-Ostafrika noch in großem Umfang, und es ist nicht ausgeschlossen, daß demnächst weiteres Kapital auf diesem Gebiet angelegt wird. Die Förderung ist nicht mit großem Wagnis verknüpft, aber sie ist zuweilen auch einigen Schwankungen ausgesetzt. So hat beispielsweise die Saline Gottorp infolge widriger Verhältnisse im Jahre 1908 nur 700 000 kg Salz gefördert gegen 1 600 000 kg im Jahre vorher. Im folgenden Jahre wurde die Gewinnung auf 945 000 kg gesteigert. Das darauffolgende Jahr brachte alsdann eine Verdoppelung mit 1 826 500 kg.

Sehr wichtig für Kapitalanlagen ist das Vorkommen von Natronkarbonat, das sich namentlich im Norden des Schutzgebietes, im Natronsee, findet. Der Natrongehalt dieses Sees soll sehr hoch sein; ja, es wurde vor einiger Zeit sogar der Wert dieses Sees im Reichstag auf 1 Milliarde M beziffert. Infolge der schwierigen Verkehrsverhältnisse hat man sich bis jetzt zur Gewinnung des Natrons nicht entschließen können, wengleich verschiedentlich Verhandlungen mit deutschen Großkapitalisten angeknüpft waren. Gegenwärtig ist das deutsch-ostafrikanische Studiensyndikat damit beschäftigt, den Gehalt des Natronsees an Soda, Natron und dergleichen näher zu untersuchen. Diesem Syndikat gehören neben ostafrikanischen Interessenten auch heimische Großbanken an. Es ist zu hoffen, daß demnächst der Erschließung des Natronsees ein größeres Interesse gewidmet wird.

Seit einigen Jahren wird in Deutsch-Südwestafrika dem Vorkommen des Marmors größeres Interesse gewidmet, und es hat sich im Jahre 1909 zu diesem Zweck in Hamburg eine Gesellschaft, die Afrika-Marmor-Co., gebildet. Der Optimismus, mit dem dieses Unternehmen zustande gebracht wurde, erwies sich als etwas übertrieben, und damit hängt es auch zusammen, daß sich bereits im ersten Jahre ganz beträchtliche Enttäuschungen herausstellten. Betont werden muß allerdings, daß große Mengen von Marmor in Südwestafrika vorhanden sind und daß dieser Marmor ganz ausgezeichnet ist. Man hat aber seine Güte bei Gründung der neuen Gesellschaft doch zu sehr überschätzt und andererseits die Unkosten eines Marmorbergwerkes unterschätzt. Die Kosten für den Versand des Marmors sind sehr hoch, und so kommt es, daß die Hoffnungen, die die Gesellschaft seinerzeit gehegt hat, ganz beträchtlich herabgemindert werden mußten. Wenn auch die Lage des Marmorbergwerkes sehr günstig ist — es liegt in der Nähe der Otavi-Bahn —, so wurde doch die Verwertung sehr dadurch beeinträchtigt, daß der Abraum infolge des raschen Wechsels von Hitze und Kälte viel tiefer in das Gestein eindringt, als man anfangs erwartet hatte, und daß auch die Arbeiterfrage ganz beträchtliche Schwierigkeiten macht. Die einheimischen Arbeiter eignen sich nicht sehr für den Betrieb, und mit europäischen Arbeitern hatte die Gesellschaft sehr wenig Glück. Im ersten Geschäftsjahr hat die Gesellschaft 5 Brüche in Betrieb gehabt. Über die voraussichtliche Rente läßt sich nur soviel sagen, daß die seinerzeit gehegten Hoffnungen wohl kaum erfüllt werden dürften. Wenn es ja auch erfreulich ist, daß das Marmorvorkommen von heimischen Kapitalisten ausgebeutet wird, so wäre es doch immer besser

gewesen, wenn man die Gründung einer solchen Abbaugesellschaft in etwas vorsichtigerer Weise vorgenommen hätte. Dann wären die Enttäuschungen, die man gerade im letzten Jahr bei der Gesellschaft erlebt hat, erspart geblieben. Bereits im dritten Geschäftsjahr hatte die Gesellschaft eine Unterbilanz von 517 000 M.

Steigende Zahlen in der Ausfuhr weist sowohl der Menge als auch dem Werte nach der Glimmer auf. 1908 hatte die Förderung einen Wert von rd. 208 947 M. Er stieg im Jahre 1910 auf 320 720 M. Die Menge stieg in der gleichen Zeit von 77 558 kg auf 106 580 kg, 1912 wurden 153 806 kg mit einem Wert von 581 000 M gewonnen. Der Glimmerabbau ist in den letzten Jahren mehrfach ausgedehnt worden. Schon 1908 waren 38 Felder von der Bergbehörde verliehen worden. Inzwischen hat sich die Zahl der Interessenten am Glimmerbergbau vermehrt. Allerdings ist die Förderung dadurch beeinträchtigt worden, daß sich die Eingeborenen dem Glimmerbergbau mit Rücksicht auf seine Gefahren und auf einige Unfälle wenig geneigt zeigen. In Usambara hat man teilweise den Glimmerabbau wieder aufgegeben und sich neuerdings mehr dem Abbau in den Uluguru-Bergen in der Nähe von Morogoro in Deutsch-Ostafrika gewidmet.

Große Erträge hat der Glimmerbergbau bis jetzt noch nirgends erzielt, und gerade in der neuesten Zeit macht sich das Bestreben bemerkbar, mehrere Betriebe zwecks Ersparung der Unkosten zusammenzuschließen. So sind beispielsweise in der Ostafrikanischen Bergwerks- und Plantagen-Gesellschaft mehrere Betriebe vereinigt. Der Glimmerbergbau steht zwar noch auf der Anfangstufe, aber es sei schon jetzt betont, daß große Gewinne bei diesem Gewerbe kaum zu erwarten stehen, wie denn überhaupt der Glimmerbergbau wohl nie eine erhebliche Bedeutung für Ostafrika gewinnen wird. Die Vorkommen sind räumlich sehr beschränkt; zum Teil läßt auch die Güte des Glimmers etwas zu wünschen übrig, teilweise tritt er sogar nur nesterweise auf. Neben den Einzelunternehmern finden wir drei Gesellschaften, die sich mit dem Glimmerabbau beschäftigen. Es sind dies: die Deutsch-Ostafrikanische Plantagen- und Bergbau-Gesellschaft in Bonn, die mit einem Kapital von 60 000 M arbeitet und die außer Glimmerbergwerken in Morogoro Plantagen hat; ferner die Morogoro-Glimmerwerke, die mit einem Kapital von $\frac{1}{4}$ Million M arbeiten. Diese Gesellschaft hat bis jetzt eine Rente noch nicht abgeworfen. Sie hat die Glimmerwerke, die früher dem Ansiedler Prüsse gehörten, in eine GmbH umgewandelt und setzt deren Betrieb fort. Vor einiger Zeit versuchte sie, auch andere Glimmerbergwerke noch hinzuzukaufen, was ihr indes nicht gelang. Inzwischen ist über das Unternehmen der Konkurs verhängt worden.

Einen etwas größeren Umfang als diese Gesellschaft hat die Ostafrikanische Bergwerks- und Plantagen-Gesellschaft, die die Glimmervorkommen von Arthur Naaf und der Gebrüder Schwarz übernommen hat. Diese Gesellschaft verfügt über ein Kapital von 1 135 000 M, wovon bis jetzt nur 600 000 M eingezahlt sind. Auch hier ist eine Rente bis jetzt noch nicht erzielt worden. Die Gesellschaft wurde seinerzeit in einer etwas leichtfertigen Weise gegründet und ist mit Recht in der Presse sehr scharf kritisiert worden. Auch von der Kolonialbehörde wird die Geschäftsführung der Gesellschaft nicht sehr günstig beurteilt. Das Unternehmen ist von vorn-

herein viel zu sehr mit Gründungskosten belastet worden und dürfte in dem jetzigen Zustand nicht viel Aussicht auf eine ersprießliche Rente bieten.

Erwähnenswert erscheint mir noch, daß sich in den Glimmerbergwerken Spuren von Uranerz gefunden haben, das bekanntlich der Rohstoff für die Radiumherstellung ist. Möglicherweise kann das Vorkommen von Uranerz später einmal sehr wichtig werden, da dieses Erzeugnis einen hohen Wert hat und zur Radiumherstellung ungeheure Mengen erforderlich sind. Planmäßige Erforschungen des Uranerzes sind bis jetzt noch nicht vorgenommen.

Zinn wird neuerdings in Südwestafrika etwas mehr beachtet. Schon in früheren Jahren war bekannt, daß Südwestafrika Zinnvorkommen besitzt, aber erst im Jahre 1911 hat man größere Mengen von Zinnerz entdeckt, und es hat sich auch zur Ausnutzung dieses Vorkommens bereits eine Gesellschaft gebildet. Zur Zeit sind die in Betracht kommenden Landgesellschaften, vor allem die South West Africa Co., die Kaoko-Gesellschaft und die Kolonial-Gesellschaft für Südwestafrika, mit Schürfarbeiten eifrig beschäftigt, und es ist nicht ausgeschlossen, daß zu dem Kupferbergbau demnächst in Südwestafrika ein regelrechter Zinnbergbau hinzutritt.

Wie schon erwähnt, gibt es in den deutschen Schutzgebieten keinen regelmäßigen Abbau von Kohlen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß die bis jetzt bekannten Kohlenvorkommen demnächst weiter untersucht werden und einen Abbau ermöglichen. Das einzige deutsche überseeische Kohlenbergwerk ist die Schantung-Bergwerks-Gesellschaft, die eine große, steigerungsfähige Produktion hat. Das Bergwerk selbst ist vor kurzem aus Anlaß der Belagerung von Tsingtau unter Wasser gesetzt worden und daher einstweilen außer Betrieb. Da diese Gesellschaft aber nicht auf deutschem Boden liegt, sondern außerhalb des Schutzgebietes Kiautschou auf chinesischem Grund, so gehört sie nicht in unsere Erörterung.

Voraussichtlich dürfte in den nächsten Jahren nach dem Frieden, der uns hoffentlich eine Erweiterung unseres Schutzgebietbesitzes bringen wird, der Bergbau in Kohlen, wie in Mineralien überhaupt, eine noch größere Rolle spielen als bis jetzt; denn an Spuren dieses wichtigen Gesteines fehlt es in unseren Kolonien keineswegs. Andererseits gibt es auch eine Reihe von Unternehmungen, die schon seit Jahren schürfen und bei denen die Möglichkeit besteht, daß die jahrelangen Schürfarbeiten von Erfolg gekrönt werden. Ich brauche hier nur die Kaoko-Land- und Minen-Gesellschaft zu nennen, die bis jetzt schon ungefähr 1 Mill. M für Schürfarbeiten und Erschließung des Landes aufgewandt hat; ferner die Hanseatische Minen-Gesellschaft, deren Aufwendungen 300 000 M betragen, und die Gibeon Schürf- und Handels-Gesellschaft, die seit ihrem Bestehen mehr als 600 000 M verauslagte. Der größte Teil dieser Summe wurde für Expeditionen, Schürfarbeiten und dergleichen verwandt. Bis jetzt hat die Gesellschaft indes den Lohn ihrer Tätigkeit noch nicht geerntet. Möglicherweise winkt dieser Lohn in der Ferne.

Neben diesen Gesellschaften bestehen noch eine Reihe Studiensyndikate, so u. a. das Deutsch-Ostafrikanische Studien-Syndikat und das Südwestafrikanische Minen-Syndikat, das unter Mitwirkung der deutschen Großbanken und der deutschen Metallinteressenten mit

einem Kapital von 1,7 Mill. M arbeitet. Auch sonstige Syndikate sind zur Zeit an der Arbeit, um unsere Kolonien geologisch zu erforschen.

Wie man aus den vorstehenden Angaben über die drei Minenunternehmen: Kaoko, Gibeon und Hanseatische Minen-Gesellschaft, ersehen kann, gehört zur bergmännischen Erschließung einer Kolonie sehr viel Geld, und die Ausbeutung von Gruben ist ein Gebiet, das dem Großkapitalisten stets vorbehalten bleiben muß. Minenspekulationen eignen sich nicht für mittlere, noch weniger für kleine Kapitalisten. Die Kapitalanlage im Bergbau kann nur vom Großkapital übernommen werden, das in der Lage ist, umfangreiche Erschließungsarbeiten zu leisten und das Wagnis, das mit überseeischem Grubenbesitz verknüpft ist, auf sich zu nehmen. Namentlich jetzt während des Krieges, wo sämtliche kolonialen Bergwerke stilliegen dürften, ist auf eine Verzinsung des Kapitals nicht zu rechnen, ja, es muß sogar befürchtet werden, daß bei einigen Unternehmungen während der Dauer des Krieges eine erhebliche Verschlechterung eintritt. Die Kapitalanlage in Bergwerken ist schon in der Heimat mit einem sehr großen Wagnis verknüpft. Man braucht nur an das Schicksal der Zeche Bliesenbach oder an das tragische Ende des Mechernischen Bergwerksvereins zu denken, um sich zu vergegenwärtigen, wie schnell die Hoffnungen, die auf ein Erzvorkommen gesetzt werden, durch das Aufhören der Erzader zunichte gemacht werden können. Die Kapitalanlage in überseeischen Bergwerken gehört zu den gewagtesten Unternehmen, die wir überhaupt haben.

ZUR FRAGE DER WIEDERUMSCHALTUNG DER DEUTSCHEN INDUSTRIE.

Von Dipl.-Ing. Dr. TH. SCHUCHART, Berlin.

Die Entwicklung der deutschen Industrie im Zeichen der Kriegswirtschaft hat die außerordentliche Überlegenheit dargetan, die sie in ihrer Geschlossenheit gegenüber den Industrien Englands und Frankreichs besitzt. Besteht doch die besondere Eigentümlichkeit der gewerblichen Betätigung Deutschlands darin, daß sie auf die Verarbeitung ausländischer halbfertiger Waren nur in Ausnahmefällen angewiesen ist, daß sie vielmehr in der Regel den Erzeugungsvorgang von der Rohstoffgewinnung oder, wo die Rohstoffe eingeführt werden müssen, von der Rohstoffverarbeitung bis zum Fertigerzeugnis lückenlos beherrscht.

Die hierauf beruhende kriegswirtschaftliche Überlegenheit wird weiter durch ein systematisches Ineinandergreifen wohldurchdachter Organisationen in ihrem kriegswirtschaftlichen Nutzwert wirkungsvoll gesteigert. Die organisatorische Befähigung des Deutschen auf Grund seiner Charakteranlage und seiner hohen Durchschnittsbildung hat, vor die Aufgabe der kriegswirtschaftlichen Umschaltung der nationalen Wirtschaft gestellt, dank der bedeutenden Initiative und Hingabe aller Volksgenossen Erfolge möglich gemacht, an welche die Leistungen unserer Feinde, wie sich aus vielen Tatsachen täglich ablesen läßt, bisher auch nicht entfernt heranreichen.

So wurden uns wirtschafts- und geistig-organisatorische Kräfte zu mächtigen Verteidigungswaffen. Dank des Hand-in-Hand-Arbeitens der Industrie mit dem Verkehrs- und Finanzwesen sowie mit der Landwirtschaft vermochte die deutsche Volkswirtschaft nicht nur die Bedarfsbefriedigung für militärische und zivile Zwecke schon nach kurzer Zeit im erforderlichen Umfange zu übernehmen, sondern sie erweist sich auch auf die Dauer gerade wegen der Einschränkung ihrer Zufuhr, dank jenem Mittel, mit dem uns vornehmlich England zu vernichten trachtete, unter dem Einfluß einer verhältnismäßig bedeutenden wirtschaftlichen Abgeschiedenheit wesentlich widerstandsfähiger als die große Mehrzahl derjenigen Staaten, die, ohne selbst in den Krieg verwickelt zu sein, lediglich einen gewaltigen Arbeitsausfall zu verzeichnen haben, ohne daß diesem andererseits eine Verkürzung der Arbeitskräfte bei Vermehrung des Arbeitsvorrats durch Kriegsbedürfnisse gegenübersteht.

Natürlich hat sich unsre Volkswirtschaft erst allmählich auf die neue Lage eingestellt. Bei der Industrie, dem Zweige, der bei seinen Lieferungen mit den kürzesten Erfüllungszeiten gemeinhin zu rechnen hat, mußte die Umordnung am schnellsten sein und am kräftigsten durchgreifen. Von der Schaffung eines Dauerzustandes wird bei ihr aber andererseits auch am wenigsten die Rede sein können. Denn die Bedingungen, worunter sich das Wirtschaftsleben abspielt, sind stetigen und in ihrer Wirkung wenig voraussehbaren Entwicklungen besonders unterworfen. Die auf die Kriegsaufgabe umgeschaltete Industrie wird also notwendigerweise während des Krieges dauernd in einem Zustande der Umbildung bleiben müssen. Dieser Zustand wird in seinen einzelnen Abschnitten den Schwingungen entsprechen, die durch die militärische, die militärisch-wirtschaftliche und die allgemein binnenwirtschaftliche Lage geschaffen werden. Für den bisherigen Verlauf ist es bezeichnend gewesen, daß die Anforderungen der Heeresverwaltung an die Industrie in kurzer Zeit so außerordentlich stiegen, daß sich ein bedeutender Teil der Unternehmungen wirtschaftlich und technisch auf Heereslieferungen eingerichtet hat. Ihre Leistung wuchs damit über die zu ruhiger Zeit für den Militärbedarf gelieferten Durchschnittsmengen weit hinaus. Andererseits zeigte sich nach der Umschaltung der Einzelbetriebe auf die neuen Bedürfnisse, wenn sie erst ihre volle Leistungsfähigkeit erreicht hatten, ein recht erhebliches, in seinen Folgen nicht ungefährliches Beharrungsvermögen, d. h. die Betriebe waren begreiflicherweise bestrebt, nachdem sie alle ihre Kräfte entsprechend der Wandlung der Dinge neu eingestellt hatten, sich darauf als auf einen Dauerzustand einzurichten. Daraus ergaben sich für die schnelle Wiederumschaltung, die entsprechend den oft plötzlich und kräftig einsetzenden Schwingungen des Wirtschaftslebens unvermeidlich war, notwendig gewisse Schwierigkeiten. Bei der Industrie sind diese besonders groß. Denn auf die Gesamtwirtschaft hin betrachtet besteht hinsichtlich der Wandlungsfähigkeit ein starker Gegensatz zwischen der industriellen und der landwirtschaftlichen Erzeugung, insofern die Industrie infolge ihrer im allgemeinen kurzen Erzeugungsdauer genötigt ist, in kürzerer Zeit Wiederumschaltungen vorzunehmen, im Gegensatz zur Landwirtschaft, bei der sich infolge der langen Erzeugungsdauer und der verhältnismäßigen Ruhe im Winter wiederumschaltende Einflüsse nur langsam und allmählich geltend machen.

Die Bedingungen der Zurück- oder Wiederumschaltung der Industrie unterliegen nur in geringem Umfang einer Gesetzmäßigkeit. Die Arbeitskräfte wurden zunächst ruckweise zum Heer eingezogen, dann mit größerer, wenn auch schwankender Stetigkeit. Solange aber die Einziehungen noch dauern, kann der einzelne Industriezweig schon aus diesem Grunde nicht mit einigermaßen beständigen Arbeitsverhältnissen rechnen. Zudem sind, auf die einzelnen Industrien bezogen, die Wirkungen der Einziehung, wie bekannt, recht verschieden. Die Grobverarbeitung wird, weil in ihr meist körperlich kräftige Arbeiter gebraucht werden, im allgemeinen empfindlicher getroffen als die Feinverarbeitung. Das galt ganz besonders für den ersten Abschnitt des Krieges. Indessen gleicht sich dieser Zustand bei der Einziehung der älteren Jahrgänge, zumal des nicht ausgebildeten Landsturmes, mehr und mehr aus, wengleich auch die umfassende Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte in der Feinverarbeitung zu Friedenszeiten hier dauernd günstig wirkt. Neben der Arbeiter-einziehung mit ihren ungünstigen Einwirkungen auf die Regelmäßigkeit der Betriebe ist andererseits auch für die Bedürfnisbefriedigung und damit den Arbeitsvorrat keine Stetigkeit zu erwarten. Schon die militärische Lage hat so weitgehende Einflüsse auf den Verbrauch und die Herstellung militärischer Bedarfsgüter, daß in allen Zweigen der Heeresbedarfslieferung nahezu unablässig mit Schwankungen gerechnet werden muß. Andere Gründe, wie z. B. die Änderung von Ein- und Ausfuhrverboten der von uns auf dem Verkehrsweg erreichbaren neutralen Staaten, ferner Preisveränderungen, sind wichtige Gesichtspunkte für die Verschiebung militärischer und ziviler Bedürfnisse. Ihre Wirkung für die Industrie besteht infolgedessen selbst innerhalb der großen wirtschaftlichen Schwingungen der Gesamtlage in einer ständigen Umordnung der an der Arbeitsausführung beteiligten wirtschaftlichen Kräfte. Ohne Zweifel birgt die Überwindung des Beharrungsvermögens in dieser Hinsicht große Schwierigkeiten in sich. Die dauernde Notwendigkeit der Dispositionsänderung macht natürlich auch die Vorausberechnung der Selbstkosten außerordentlich unsicher. Diese wichtige Tatsache ist, wie zahlreiche Industrien beweisen, seitens der Unternehmer offenbar noch nicht genügend gewürdigt worden. Andernfalls wären die gewaltigen Preisunterschiede nicht zu erklären, die bei den verschiedensten Feinerzeugnissen in Industrien mit nahezu gleichen Herstellungsbedingungen häufig zu beobachten sind. Die ungenügende Bewertung der Schwankungen bedeutet für die Gesamtentwicklung der Industrie im Zustande der unausgesetzten Wiederumschaltung eine nicht unerhebliche Gefährdung.

Um die Wirkung der Gelegenheitseinflüsse, soweit sie sich aus der dauernden Änderung der Wirtschaftslage ergeben, für die gewerbliche Tätigkeit tunlichst zu mildern, muß offenbar zunächst in die Vergebung des Heeresbedarfes, wovon ja ein so großer Teil der deutschen Industrie bis heute noch abhängig ist, eine gewisse Regelmäßigkeit gebracht werden. Zur Mithilfe dazu sind private Organisationen, welche die einzelnen Industriezweige in ihrer Gesamtheit vertreten, sehr geeignet. Leider sind die organisatorischen Mittel in dieser Richtung bisher noch immer nicht hinreichend ausgenutzt worden. Nur wenige Industriezweige haben bis heute Vertretungen dieser Art. Dies hängt damit zusammen, daß eine ganze Reihe Industrien zwar über Vertretungen ihrer Wirtschaftsinteressen verfügen, daß aber in sehr

vielen Fällen leider nicht die Gesamtheit der betreffenden Industriezweige Deutschlands in ihnen vereinigt ist. So gibt es z. B. örtliche Zusammenfassungen, welche die Zusammenarbeit mit ähnlichen Gruppen, deren Erzeugung und Herstellungsbedingungen sich mit den ihrigen nicht vollständig decken, ablehnen; in andern Fällen sondern sich gemischte Werke ab, deren Interessen also auf verschiedene Verarbeitungsabschnitte gerichtet sind, in wieder andern Fällen weisen die Großhersteller das Zusammenarbeiten mit den mittleren und kleineren Herstellern zurück. Stände die Mitarbeit solcher Organisationen im ausreichenden Maße der Heeresverwaltung zur Verfügung, so würde ein grundsätzliches Hindernis für die Regelmäßigkeit der Auftragvergebung und damit auch für die zweckmäßige Verteilung der Aufträge beseitigt sein.

Von einer engen Fühlungnahme der zuständigen Stellen unserer Heeresversorgung mit den Selbstherstellern hängt offensichtlich die betriebliche Anpassung der Werke an die Wirtschaftsschwankungen, soweit die Arbeitsmengen hierfür von Einfluß sind, und damit der wirtschaftliche Erfolg in hohem Maße ab. Dazu ist vor allem zunächst eine Zusammenfassung der Fürsorge für den Heeresbedarf in einer Hand erwünscht. Jedenfalls aber sollten die mit der Beschaffung der gleichen oder technisch ähnlicher Bedürfnisse betrauten Stellen nur auf Grund gegenseitiger Verständigung handeln. Nach den bisherigen Beobachtungen läßt aber auch das enge Zusammenarbeiten zwischen Besteller und Hersteller, nicht zum geringsten auch infolge der ursprünglichen Unzulänglichkeiten des militärischen Lieferungswesens, noch sehr zu wünschen übrig. Bei der verderblichen Rolle, die der Zwischenhandel gespielt hat, hat sich bekanntlich frühzeitig ein regelrechter Terminhandel in militärischen Ausrüstungsstücken usw. herausgebildet. Infolgedessen haben Händler, ohne die Waren wirklich an der Hand zu haben, Aufträge übernommen und andererseits die Fabrikanten in Abhängigkeit vom Händlerwesen ohne feste Bestellung gearbeitet. Aus zahlreichen Anzeigen der Tagespresse ist täglich zu entnehmen, welche Schwierigkeiten sich für manche Selbsthersteller aus dieser Sachlage entwickelt haben. Die Erzeugung ist weit über den Rahmen des Bedarfes hinausgeschnellt. Aus einzelnen wichtigen Industriezweigen wird sogar berichtet, daß diese mangelnde Fühlungnahme zwischen der Militärbehörde und den Selbstherstellern schon zu großer wirtschaftlicher Einbuße der Werke geführt hat, und zwar dadurch, daß die Werke, nachdem sie ihren Betrieb den Kriegsbedürfnissen entsprechend umgestaltet hatten, mit allen Kräften bestimmte Waren herstellten in der leider trügerischen Erwartung, daß die Heeresverwaltung auf absehbare Zeit unbeschränkte Mengen davon brauchen würde. In der Chemnitzer Wirkwarenindustrie sahen sich so Fabrikanten, die wollenes Unterzeug in Massen hergestellt hatten, mangels Absatzfähigkeit genötigt, die Ware zum Stoffwert an Kunstwollfabriken zu verkaufen, wodurch ihnen ein gewaltiger Schaden erwuchs, für den sie natürlich versuchen müssen, bei etwa weiter eintretenden Militärlieferungen sich schadlos zu halten.

Wie durch die unzulängliche Fühlungnahme zwischen Bedarf und Erzeugung hinsichtlich der Arbeitsmengen peinliche Unstimmigkeiten hervorgehoben werden, so auch hinsichtlich technischer Veränderungen der Ausführung. Z. B. sei daran erinnert, daß kürzlich der für das Bekleidungswesen zuständigen Stelle die an sich beachtenswerte Anregung gegeben wurde, die Schäfte an

Militärstrümpfen mit Rücksicht auf die Wollersparnis künftig nicht mehr aus Wolle, sondern aus Baumwolle zu machen. Da sich in den Händen der Selbsthersteller gewaltige Vorräte der alten Ausführung befanden, trat für sie natürlich die Gefahr der Entwertung ein. Mit ihr ist auch noch zu rechnen, solange die Militärverwaltung von dem Strumpf mit Baumwollschaff Gebrauch macht und die älteren Ausführungen nicht samt und sonders ausgegeben sind. Der Ausführung des Strumpfes mit Baumwollschaff standen ferner wichtige technische Bedenken entgegen, die mit dem Selbsthersteller vor der Fassung eines Entschlusses über die Art der weiteren Beschaffungen notwendigerweise erörtert werden mußten. Dieser Fall zeigt, von wie einschneidender Bedeutung die rechtzeitige Aufklärung der Selbsthersteller über die veränderte technische Ausführung ist. Bei hinreichender Zusammenfassung des militärischen Bedarfes, die, wenn auch bisher noch unerfüllt, so doch nach Ansicht aller Fachkundigen endlich durchgeführt werden muß, wird es möglich sein, die einzelnen Industrien nicht nur über die vorhandenen Bestände und die in den nächsten Monaten voraussichtlich noch erforderlichen Bedarfsmengen rechtzeitig zu unterrichten, sondern ihnen auch die etwa erwünschten Veränderungen in der technischen Ausführung rechtzeitig bekannt zu geben, um eine Wertverminderung und Energievergeudung zu verhüten.

Wie sehr es darauf ankommt, mit unsern Kräften hauszuhalten, das bedarf nach neunmonatiger Kriegserfahrung keines Nachweises. Andererseits dürfen wir aber auch nicht vergessen, daß wir möglicherweise erst am Beginn eines langen kriegerischen Zeitabschnittes stehen und daß sich auch die Industrie vielleicht auf eine lange Kriegsdauer einzurichten haben wird. Hieraus ergibt sich, daß die für die Herstellung von Kriegslieferungen getroffenen Sonder- einrichtungen unter keinen Umständen gänzlich beseitigt werden dürfen, wenn- gleich auch natürlich Änderungen, der jeweiligen Lage der Wirtschaftsbedin- gungen und -bedürfnisse entsprechend, im weitesten Umfang erforderlich sein werden. Der Fabrikant sollte sich darum stets vor Augen halten, daß er viel- leicht nochmals gezwungen ist, ohne langfristige Ankündigung Lieferungs- mengen für die Landesverteidigung herzustellen, die seine Einrichtungen in bestimmter Richtung aufs äußerste beanspruchen. Es wird deshalb seine Pflicht sein, seine technische Kriegsbereitschaft nicht nur dem jeweiligen Stand entsprechend zu vervollständigen, sondern auch die einmal geschaffenen Sonder- einrichtungen für etwaige Wiederbenutzung gebrauchsfähig und betriebsbereit zu erhalten.

Die Einstellung unseres ganzen wirtschaftlichen Lebens auf den kriege- rischen Dauerzustand läßt es auch notwendig erscheinen, daß wir der wirt- schaftlichen Angliederung der von unseren Truppen besetzten feindlichen Ge- biete unsere besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Praktisch wird sich das einmal durch die Aufsuchung, Sicherung und sachgemäße Verwaltung der im Feindesland vorgefundenen Vorräte an Rohstoffen und Fertigwaren erreichen lassen, zum andern aber ist die volle Ausnutzung der uns durch die Besetzung gegebenen Erzeugungsbedingungen unerläßlich. Bekanntlich ist in den letzten Monaten durch die Organisation von Wirtschaftsausschüssen im Anschluß an die militärische Organisation im besetzten Feindesland viel Nützliches ge- schehen. Auf die Ausnutzung der Produktionsfaktoren an sich kommt es nun dabei nicht an, sondern wesentlich ist, daß diese Faktoren unter den Ge-

sichtspunkten in die Gesamtwirtschaft eingeordnet werden, die für das nun geweitete, isolierte Wirtschaftsgebiet gültig sind. Die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der eigenen Industrie wird infolgedessen unter allen Umständen ausschlaggebend sein. Man wird mit Rücksicht darauf, falls es not tut, fordern müssen, daß die Betriebe des Wettbewerbes im besetzten Feindesland, soweit nicht für ihre Erzeugnisse zurzeit ein Bedarf vorliegt, ihre Tätigkeit einstellen, lediglich um nicht der heimischen Industrie die Versorgung des inneren Marktes wegzunehmen oder ihre Preise unter die Herstellungskosten zu drücken, oder aber auch, um die Knappheit in Rohstoffen durch die Verarbeitung auf Erzeugnisse, für die der innere Markt zurzeit keine oder nur geringe Verwendung hat, nicht weiter zu vermehren. Der Gesichtspunkt der Gesamtversorgung unter Beachtung einer auf das gesamte jetzt vergrößerte Wirtschaftsgebiet eingestellten Wirtschaftlichkeit wird für die Nutzung aller wirtschaftlichen Kräfte entscheidend sein müssen. Es werden sich allerdings dabei unter Umständen Härten nicht vermeiden lassen, z. B., auf den vorerwähnten Fall bezogen, bei der Entlassung der Arbeiter aus den im Feindesland arbeitenden Betrieben. In diesem Falle wird man darauf Wert legen, für sie aushilfsweise anderweitig eine Erwerbmöglichkeit zu beschaffen. Man hat dies z. B. im Westen durch Heranziehung der einheimischen Bevölkerung zu Dienstleistungen bei den deutschen Besatzungstruppen vielfach mit Erfolg getan.

Auf diesem Wege kann man zur Sicherung der für die heimische Industrie gültigen Wirtschaftsbedingungen ohne Zweifel mit recht guter Wirkung beitragen. Betrachten wir die Umstände, die durch eine Veränderung der von ihr zu deckenden Bedürfnisse, also in der Größe des Arbeitsvorrats, eintreten können, so steht der Fall der erneuten Steigerung demjenigen der Abnahme des Bedarfes gegenüber. Die Möglichkeit gesteigerter Beanspruchung ist nicht nur durch militärische und politische Einflüsse bedingt, sondern auch in sehr beträchtlichem Umfange durch die sachlichen Verschiebungen innerhalb des Erzeugungsherganges infolge der stetigen Einberufung von Arbeitern. Der Ersatz von Gelernten durch Angelernte und Ungelernte ist von grundlegender Bedeutung für die Arbeitsverteilung und -erledigung. Es ist z. B. vielfach notwendig geworden, weibliche Arbeitskräfte einzuführen, deren Leistungsfähigkeit mit den bestehenden technischen Einrichtungen nicht in Einklang zu bringen ist. Eine andere Möglichkeit sachlicher Verschiebung, die für den Fall der Wiedersteigerung des Bedarfs Bedeutung hat, ist die vielfach unablässigen Änderungen unterworfenen Rohstoffversorgung. Sind also Einzelunternehmungen infolge starker Inanspruchnahme durch Steigerung des Bedarfes bei der Versorgung mit Arbeitern durch Heranziehung von Frauen- und Kriegsgefangenenarbeit zu Sondermaßnahmen übergegangen, so muß bei ihrer Einrichtung beachtet werden, daß im Falle der Bedarfsabnahme zuerst wieder diese Sonderarbeitskräfte zu entlassen sind, damit die in den sonstigen Teilen des Betriebes noch vorhandene organisatorische Stabilität gesichert bleibt.

Der Fall der Bedarfsabnahme, der, wie eingangs erwähnt, schon wiederholt Schwierigkeiten bei der Wiedereinrichtung der Betriebe geboten hat, wird, auf die Zukunft betrachtet, die größte Beachtung erfordern. Vor Beendigung des Krieges wird kaum damit zu rechnen sein, daß große Auftraggeber, insbesondere die Gemeinden, umfangreiche Bestellungen erlassen werden, zumal ihre durch den Krieg mittelbar beschränkten Geldmittel durch soziale

Aufwendungen zurzeit sehr stark in Anspruch genommen sind. In gewissem Umfange gilt das auch vom Staat. Indessen kann er mit einer gewissen Regelmäßigkeit seinen Bedarf überschlagen. Wenigstens kann er aber den Mindestbedarf in einzelnen Gebrauchsgütern rechtzeitig feststellen. Um den schwankenden Umständen, denen die Industrie bei der Kriegswirtschaftslage ausgesetzt ist, zu begegnen, wird es zweckmäßig sein, daß die vom Staat bestellten Waren tunlichst nicht an den jeweils im voraus bestimmten Zeitpunkten abgeliefert werden, sondern daß je nach der Inanspruchnahme der Industrie die Ablieferungszeiten den sonstigen Anforderungen an die Industrie angepaßt werden. Das wird besonders bei der Ausführung von Erneuerungs- und Wiederherstellungsarbeiten möglich sein.

Die weitaus wichtigste Unterstützung zur Überwindung der kriegswirtschaftlichen Schwankungen wird der Industrie allerdings nur die Landesverteidigung gewähren können. Solange der Friede nicht gesichert ist, muß die industrielle Leistungsfähigkeit der auf die Herstellung von Kriegsbedarf umgestellten Betriebe unbedingt voll aufrecht erhalten werden, und es ist dementsprechend Sache der Landesverteidigung, über Zeiträume, die mit geringen Aufträgen belegt sind, mit Bestellungen auf Kriegsbedarf zur Wiederauffüllung der Bestände für die Friedenszeit einzuspringen. Im großen ganzen wird man hier nicht verallgemeinern können, zumal die Preise der Rohstoffe und auch die Löhne für die Herstellungskosten eine bedeutende Rolle spielen. Indessen wird man auch hier ein Entgegenkommen der leitenden Stellen erwarten müssen, sofern es sich nicht um Dinge handelt, die zurzeit im Inland in beschränkten Mengen vorhanden sind. Man wird darauf zu sehen haben, vor allem diejenigen Zweige der Massenfabrikation in Gang zu halten, welche große Mengen von einheimischen Halbfabrikaten verarbeiten und auf diese Weise dem heimischen Wirtschaftsleben einen Ausgleich gegenüber Ausfällen zu sichern vermögen, die durch die Beschränkung der Ausfuhr eingetreten sind.

Ferner ist zu erwägen, ob es sich nicht aus militärischen und wirtschaftlichen Gründen empfiehlt, die im Bau begriffenen Großschlachtschiffe mit verkürzter Bauzeit fertigzustellen, um so ihr Eingreifen in die kriegerischen Ereignisse zu beschleunigen, oder sogar neue Schlachtschiffe zur beschleunigten Herstellung auf Stapel zu legen. Es ist zu erwarten, daß durch weitgehende Erteilung von Unteraufträgen, also Heranziehung von industriellen Unternehmen, die sich bisher aus irgendwelchen Gründen, jedoch nicht mangels technischer Einrichtungen, mit den Fragen des Kriegsschiffbaues und der -ausrüstung nicht beschäftigt haben, die Bauten bei sorgfältiger Organisation in wesentlich beschleunigtem Zeitmaß fertiggestellt werden können. Eine solche Unterstützung würde der Industrie von außerordentlichem Nutzen sein können, zumal wir voraussichtlich im Fall eines günstigen Kriegsergebnisses mit größeren Verstärkungen unserer Seewehr zu rechnen haben und dementsprechend unsere Industrie an sich schon zum Kriegsschiffbau mehr heranzuziehen sein wird. Ob und inwieweit dieser Vorschlag durchführbar ist, wird allerdings sehr von der Besetzung der Werften mit kleineren Schiffbauten sowie mit Ausbesserungsarbeiten und schließlich von der Beschaffung der erforderlichen Anzahl Facharbeiter abhängen. Sicherlich würde eine umfassende Vorsorge in diesem Sinne wesentlich zur Förderung dieses für die Arbeitsversorgung der Industrie wichtigen Planes beitragen können.

Der Krieg erzieht uns zu einer im Grunde veränderten, vielfach höheren Wirtschaftlichkeit. Wenn wir ihre Gesetze schon vor Beendigung des Krieges aus dem Auge lassen würden, könnte uns daraus eine große Gefahr entstehen. Dementsprechend sollten wir uns in der Kriegspolitik unserer Industrie allenthalben allein schon aus Gründen der Sicherheit auf eine recht lange Kriegsdauer einrichten.

Wie schwierig es sein würde, nach billigen Grundsätzen die unter dem Krieg so schwankenden Verhältnissen unterworfenen Industrie durch besondere Auflagen steuerlicher Art zu belasten (Besteuerung des Kriegsgewinnes), geht schon daraus hervor, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen spekulative Momente in der industriellen Entwicklung in gewissem Umfange geradezu notwendig sind. Als Gegengewicht gegen das Bestreben zur Beharrung und bei der heutigen Schwierigkeit der Vorausberechnung der Selbstkosten liegt es im Interesse der Heeresverwaltung, daß die Industrie durch Einberechnung einer angemessenen Sicherheit in den Gewinn zur Entfaltung lebhafter und anpassungsfähiger Tätigkeit angereizt wird. Den rechnungsmäßigen Gewinn in der Kriegszeit werden wir deshalb mit andern Maßstäben messen müssen als den der Friedenszeit. Der Reiz zu der vollen Betriebsbereitschaft der Industrie, die für den endgültigen Erfolg des Krieges von so großer Bedeutung ist, wird nur ausgeübt werden können durch eine staatliche Politik, die auf die Erhaltung ausreichender Arbeitsbestände und hinreichend zahlreicher und leistungsfähiger Arbeiter bedacht ist, und die darauf verzichtet, mit bürokratisch peinlichen, in Friedenszeiten wohl angebrachten Mitteln die gerade in der Kriegswirtschaft so wichtige Initiative der Industrie einzuschränken.

ENGLAND, CHINAMARKT UND WELTKRIEG IN AMERIKANISCHER BELEUCHTUNG.

Von befreundeter Seite im fernen Osten erhalten wir soeben ein Blatt der in Schanghai erscheinenden Zeitung „The China Press“¹⁾ mit einem willkommenen Beitrag zur Beleuchtung der gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Chinamarkt. Das Blatt behandelt einen Aufsatz des Herausgebers der amerikanischen Zeitschrift „The Far Eastern Review“²⁾, George Bronson Rea: „An exposition of the fundamental commercial problems, which make for international discord and strife.“ „The China Press“ empfiehlt den Aufsatz dringend allen denen, die an der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Chinas unmittelbar beteiligt sind, ferner jedem, der sich „über die letzten Ursachen der modernen Kriege klar werden und darüber nachdenken will, wie man sie in Zukunft vermeiden könne“. In der Tat entrollen die Ausführungen Reas, weit hinausgehend über die engern Grenzen einer Betrachtung der Verhältnisse am Chinamarkt, ein überzeugendes Bild von den tiefen Ursachen unseres Weltkrieges.

1) vom 6. Februar 1915.

2) vom Januar 1915.

Auf einer zwölfjährigen unmittelbaren Anschauung der Verhältnisse im Osten beruhend, gewinnen sie für uns noch dadurch an Bedeutung, daß sie von einem Amerikaner stammen, also von einer Seite, von der wir eine sachliche Würdigung alles dessen, was uns am Herzen liegt, kaum noch erwarten zu dürfen glaubten. Auch zeigen sie, daß es den englischen Umtrieben doch nicht gelungen zu sein scheint, alle englisch Sprechenden auch zum Englisch-Denken zu zwingen, sondern daß es darunter offenbar noch Männer gibt, die sich, aller herrschenden Kurzsichtigkeit zum Trotz, den klaren Blick für das Wohl und Wehe des eigenen Landes zu bewahren verstanden haben.

Nach einer Mahnung an seine Landsleute, sich in der Beurteilung der Verhältnisse nicht von ihrer Neigung für Großbritannien und Frankreich, sondern allein von einer kühlen, vernünftigen Betrachtung der Dinge leiten zu lassen, weist Rea darauf hin, daß der wirtschaftliche Wettbewerb im fernen Osten von gewisser Seite in einer Weise ausgefochten wird, die, wenn näher bekannt, niemals die Billigung westlicher Kulturanschauungen finden würde, und die eine dauernde Gefahr für den Weltfrieden und auch für die Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Amerika und England bildet. Die Einzelheiten dieser brutalen Kampfweise werden aus wohlwolligen Gründen der Kenntnis der heimatischen Kreise vorenthalten. Nur wer sie aus nächster Nähe kennen lernt, sagt Rea, kann ihren unheilvollen Ernst und ihre Bedeutung ermessen, denen gegenüber das erbitterte Ringen auf den europäischen Schlachtfeldern nur als ein zeitliches Ereignis von untergeordneter Wichtigkeit erscheint. Rea ist davon überzeugt, daß für den Krieg in Europa nur bei einzelnen Beteiligten rein politische Beweggründe vorliegen, die sich auf den Schutz oder die Erweiterung ihrer Landesgrenzen beziehen. Für die großen industriellen Staaten geht es um die Verteidigung bestehender oder den Erwerb neuer Handelsgebiete. „Hier in China haben wir mit verzehrender Spannung die Schritte der geheimen Diplomatie und das Vorgehen der nationalen Vereinigungen zur Förderung ihrer besonderen Ziele verfolgt. Mit Bestürzung haben wir das wachsende Bestreben beobachtet, die feierlich abgegebenen Versprechungen zur Aufrechterhaltung der Unverletzlichkeit Chinas und die wiederholten Versicherungen der Diplomatie über die Erhaltung der „offenen Tür“ zu einem wertlosen Stück Papier werden zu lassen. Wir sind Schritt für Schritt den Ereignissen nachgegangen, die darauf hinielten, die Tür zuzuschlagen. Jetzt ist sie zugeschlagen! Und Amerika kann sie sich von außen ansehen, weil es großherzig einem Stück Papier vertraut hat! Ich bin Zeuge des Wettkampfes der beiden mächtigsten Nebenbuhler auf dem Chinamarkt gewesen und hege die feste Überzeugung, daß nach Beseitigung der „deutschen Gefahr“ die Reihe auch an Amerika als den Nächststärksten kommen wird. Der Feldzug voller Schmähungen, Verleumdungen, Anschuldigungen und Lügen wird sich gegen uns richten, bis geldgierige, skrupellose Mächte, unterstützt von einer voringenommenen rasenden Presse, die Grundfesten der englisch-amerikanischen Freundschaft unterwühlt haben werden, um dann Amerikas Industrie und Handel mit demselben unversöhnlichen Geist zu vernichten wie jetzt diejenigen Deutschlands. In dem Widerstreit der Absichten Amerikas und Englands im fernen Osten und in der falschen Auslegung ihrer Ziele sind bereits die hauptsächlichsten Keime

künftiger Mißhelligkeiten vorhanden. Ich bin Zeuge der Entstehung und des Anwachsens der nationalen Verbitterung und des Hasses zwischen Deutschland und England gewesen, des Ergebnisses jener beharrlichen Wühlarbeit, die wegen der deutschen Handelserfolge Unfrieden zwischen beiden Staaten gesät hat. Wird dieses Übel nicht an der Wurzel gepackt, so ist es nur eine Frage der Zeit, wann es sich auch gegen Amerika richtet.“ Denn der natürlichen Entwicklung der Dinge entsprechend wird auch Amerika genötigt sein, dem Ausdehnungsbedürfnis seiner Volkswirtschaft Rechnung zu tragen.

Nach einem Hinblick auf das bedauernswerte Schicksal, dem das chinesische Volk unter der Einwirkung der „Politik der Einflußgebiete“ entgegengeht, führt Rea weiter aus, daß, wenn auch Amerika aus China hinausgeworfen sein wird, ein klarer Weg für die Einführung eines sogenannten Schuldenausschusses gegeben ist und damit für die endgültige Monopolisierung der Eisenbahnen und andern Industrieunternehmungen in der Hand derjenigen Staaten Europas, die an dieser Regelung teilnehmen werden. Sich je davon zu befreien, dürfte für China schwer werden. Die Anlagen, Einrichtungen und der gesamte ungeheure Bedarf für die Aufschließung und Industrialisierung des Landes werden natürlich die beteiligten Länder beschaffen. Vielleicht würde diese Entwicklung für China ein Segen sein. Aber die Tage seines Bestehens als Volk wären damit vorbei. Denn im Grunde handelt es sich dabei natürlich um eine Unterjochung, allerdings mit den modernen Mitteln der Finanz unter dem Mantel christlicher Liebe für die bedauernswerten Opfer einer politischen Menschenfreundlichkeit.

„Während ich so die Bildung des Monopoles bis zum Ende gezeichnet habe, muß ich allerdings feststellen, daß die 16 Jahre lang verfolgte Chinapolitik Englands neuerdings einer freieren Auffassung Platz gemacht hat. Diese Regung des britischen Gewissens ist aber zu spät gekommen, um die Erbitterung zwischen England und Deutschland noch irgendwie beeinflussen zu können. Das jahrelang geübte Verhalten der englischen Regierung hat einen Feldzug voller Schmähungen und Verdrehungen aufkommen lassen, der sich gegen Amerika und Deutschland gerichtet hat und wiederum Schuld an dem Ausbruch wilden Hasses zwischen den beiden Hauptbeteiligten geworden ist, den wir jetzt erlebt haben. Zwar kann ich mich in meinen Schlußfolgerungen hier und da irren, und ich wünschte selbst aufrichtig, daß ich im Unrecht wäre. Aber daß die von mir mitgeteilten Tatsachen richtig und meine Schlüsse logisch und ehrlich gemeint sind, steht über jedem Zweifel. Mich leitet nicht Haß noch irgend ein anderer Beweggrund als allein der, die Wahrheit offen auszusprechen, damit Amerikaner und Briten die Augen offenhalten und sich bei Zeiten darüber klar werden, daß ihre Freundschaft unfehlbar in die Brüche gehen muß, wenn nicht jenem „Feldzug“ von starker Hand ein Ende gemacht wird.“

Und nun geht Rea zur Abrechnung mit den Kreisen über, die er als Urheber der erwähnten Hetze bezeichnet. Die Kreise sind den Lesern der „Technik und Wirtschaft“ wohlbekannt. Es war das Verdienst von W. Matschoß, der inzwischen auf dem Felde der Ehre im Kampf gegen englische Truppen gefallen ist, uns zuerst auf das gefährliche Treiben der englischen Monatschrift „Eastern Engineering“ und ihres Gründers und geistigen

Leiters, des Sekretärs der British Engineer's Association hingewiesen zu haben³⁾. Was W. Matschoß auf Grund reichlicher Unterlagen über das Ziel und die Arbeitsweise dieses Engländers und seiner Helfer überzeugend nachgewiesen hat, wirkt bei den Ausführungen Reas noch in verstärktem Maß auf Grund seiner unmittelbaren Anschauung der Verhältnisse. Rea nennt in dem uns vorliegenden Berichte den Namen des Mannes, Stafford Ransome, nicht, doch ist seine Persönlichkeit von ihm völlig eindeutig gekennzeichnet. Wir geben im folgenden unserm Gewährsmann wieder selbst das Wort:

„Als die Monopolbestrebungen Englands im vollen Gange waren und sich britische Industrielle darüber aufhielten, daß sie in China keinen eigentlichen Stützpunkt für ihre Interessen hätten, kam in London eine kleine Monatschrift zur Förderung britischer Industriebestrebungen im fernen Osten auf. Aus diesen unbedeutenden Anfängen hat sich jener Feldzug entwickelt, der jetzt auf die völlige Vernichtung des deutschen Volkes hinarbeitet, und zwar mit einer Rachgier und Wildheit, die uns in die dunkelsten Zeiten der Geschichte zurückverweist. Es gelang nämlich einem Manne, dem Urbild habgieriger Skrupellosigkeit, der sich an den Patriotismus der britischen Industriellen wandte, deutsche Arbeitsweisen und amerikanischen Wettbewerb für das Versagen des britischen Ingenieurs in China verantwortlich machte und andere leicht eingehende Scheingründe vorbrachte, bei einigen unzufriedenen und schlecht unterrichteten Industriellen für seine Zwecke Gehör zu finden, da sie seine Betriebsamkeit fälschlicherweise für ehrlichen Patriotismus ansahen. Er wußte ihnen die Überzeugung beizubringen, daß man sich zusammenschließen müsse, und als die Vereinigung zustande kam, machte man ihn zur Belohnung zu ihrem Sekretär. Seitdem kann man die Spuren von seinen patriotischen Taten zwischen den Zeilen der öffentlichen und vertraulichen Berichte der Vereinigung und in der oben erwähnten Monatschrift verfolgen, deren Haltung er bestimmt. Aber die Geschichte der Schäden, die er dem britischen Ansehen zugefügt, des unauslöschlichen Hasses, den er in der Brust freundlich gesinnter deutscher Handelsleute erweckt hat, des Grolles der französischen Freunde gegenüber England und des Verlustes an Achtung seitens Amerikas kann nur durch eine eingehende Aufklärung über das Treiben des Mannes gekennzeichnet werden, wie ich sie hier versuche. Mit seiner Ernennung zum Sekretär der British Engineer's Association setzte in England der ungeheure Strom ungerechtfertigter Erbitterung gegen die „deutsche Gefahr“ ein, und um das Unrecht zu krönen, ließ sich die britische Regierung selbst dazu herbei, die unwürdige Hetze durch ihre Anerkennung gutzuheißen. Von dem Tag an mußte jeder Deutsche fest davon überzeugt sein, daß der deutsche Handel planmäßig angegriffen, Deutschlands Beziehungen zu China gewaltsam vernichtet werden sollten, und zwar unter völliger Billigung der englischen Regierung. Seit zwei Jahren hat sich über Deutschland eine ständige Flut von Verdrehungen und Schmähungen aus den Spalten des Blattes ergossen, dessen Haltung die Auffassung des Sekretärs der amtlichen britischen Vereinigung getreulich widerspiegelt.“

³⁾ Siehe T. u. W. 1913 S. 396 und 749.

Wenn etwas Ähnliches, so fährt Rea fort, den Amerikanern widerfahren wäre, und zwar mit Billigung der englischen Regierung, so wäre trotz aller Bande des Blutes und der gemeinsamen Kultur ein Schrei der Entrüstung über diese Belcidigung und Verleumdung des Volkes durch das Land gegangen. Rea hält es nicht für verwunderlich, wenn das Vorgehen Englands im Verein mit den jüngsten Maßnahmen seiner Diplomatie, die Deutschland und Amerika in China gewaltsam zurückzudrängen suchten, schließlich die deutsche Regierung veranlaßt hätte, den geeigneten Zeitpunkt zum Losschlagen zu wählen. Jedenfalls hält er es für ausgemacht, daß diese Vorgänge für die Entstehung der deutschen Anschauungen über England von schwerwiegendem Einfluß gewesen sind. Den Gründer und Sekretär der *British Engineer's Association* aber macht er verantwortlich für die Flut des Hasses, die in Deutschland gegen England emporgestiegen ist.

Rea verbreitet sich darauf des näheren über die Geschichte der „Association“, ihre Ziele und Arbeitsweise, die unsern Lesern ja bekannt sind, und kommt dann auf die Nutzenwendung des Gesagten für Amerika zu sprechen. Er betont nochmals, daß weder die Züchtigung Serbiens noch die Verletzung der Neutralität Belgiens, sondern allein wirtschaftliche Interessen den Krieg veranlaßt haben. „Wenn Deutschland auch in Schantung einen Vorgang geschaffen hat, indem es durch den scharfen Ausschluß fremder Interessen die Politik der offenen Tür verletzt hat, so müssen wir Amerikaner doch tief mit ihm fühlen. Denn wie ihm, so wird es später auch Amerika gehen. Trotz aller Blutbande und alles dessen, was uns teuer ist, werden die unversöhnlichen, habgierigen Gewalten hinter dem mächtigen Moloch der britischen Industrie ihr Opfer auf dem Altar der Welthandelsherrschaft ebenso von uns fordern, wie jetzt von Deutschland.“

„Alles das mag den Ohren ehrenhafter Briten recht unangenehm klingen. Aber ich halte es für notwendig, daß die Wahrheit endlich einmal ausgesprochen wird, und da britische Blätter daran verhindert sind, diese grundlegenden, klarliegenden Verhältnisse zu erörtern, so fällt die wenig angenehme Aufgabe dem befreundeten Amerikaner zu. Meine Worte mögen mißdeutet und verlästert werden, aber ich setze mich über die kleinliche Kritik blind eingenommener Parteigänger hinweg und wende mich an die große Gesinnung, die unsrer gemeinsamen Rasse eigentümlich ist. Im Hinblick auf die Verwüstungen des Krieges, die vor unser aller Augen liegen, spreche ich es nochmals aus, daß wir jenem „Feldzug“ nicht stumm und teilnahmslos seinen Lauf lassen dürfen, da sein Endziel auch die Vernichtung Amerikas bedeutet. Wir können unmöglich zusehen, wie die englisch-amerikanische Freundschaft unterwühlt wird, ohne daß wir eine ernste Mahnung an die Vernunft richten.“ Diese Mahnung Reas an die Vernunft besteht darin, daß er schließlich mit dem Hinweis auf die Gemeinschaft des Blutes und der Kultur zur gemeinsamen Arbeit Englands und Amerikas im fernen Osten auffordert.

Wir haben den Ausführungen Reas über das unheilvolle Gebaren der gekennzeichneten englischen Kreise nichts hinzuzufügen. Der unverkennbare Umstand, daß den Verfasser weniger eine Regung für uns Deutsche als vielmehr die Besorgnis um sein eigenes Vaterland leitet, hat die Schärfe seiner

Beobachtungen offenbar gesteigert und den Wert ihrer Ergebnisse, die sich mit unsern früher geäußerten Anschauungen durchaus decken, nur erhöht. Wenn Rea hier und da die Ansicht durchblicken läßt, daß die Vernichtung Deutschlands nahezu vollendete Tatsache sei, so wollen wir das dem Einfluß englischer Kriegsberichterstattung zuschreiben. Wir selbst sind aus guten Gründen natürlich anderer Meinung. Ferner enthalten seine Zukunftsbetrachtungen über die Monopolisierung des Chinamarktes durch England insofern einen Fehler, als darin das jüngste Vorgehen Japans in China noch nicht berücksichtigt ist. In diesem hat ja nach allgemeiner Auffassung gerade die englische Diplomatie ein ihr recht unbequemes Meisterstück zu erblicken. Reas treuherziger Vorschlag, daß künftighin die beiden blutsverwandten Bewerber, Amerika und England, „das Geschäft in China und überall Schulter an Schulter machen“ sollten, dürfte schon hier auf nicht geahnte Schwierigkeiten stoßen. Im übrigen wünschen wir den Worten Reas eine besonders große Verbreitung unter seinen eigenen Landsleuten. Wer gleich uns auf unmittelbarem Wege davon überzeugt worden ist, daß alles, was mit dem Krieg zusammenhängt, von Amerikas besten Köpfen immer noch englischer als in England selbst beurteilt wird, darf sicher sein, daß den Amerikaner englischer Abstammung nichts zur Ernüchterung bringen wird als vielleicht der eine von Rea treffend gezeichnete Umstand: die Gefahr des Brandes im eigenen Hause.

Dipl.-Ing. H. Groeck, Berlin.

II. DER GELD- UND WARENMARKT.

Diskont- und Effektenkurse im Februar und März.

Von den großen Weitbörsen haben New York, London und Paris weiter ihren offiziellen Verkehr aufrecht erhalten, wengleich der Geschäftsverkehr aus begreiflichen Gründen überall eingeschränkt und still gewesen ist. Auch der im Februar eröffnete Verkehr der Fondsbörse in Amsterdam hat, so groß seine Bedeutung im Augenblick gegenüber normalen Zeiten ist, da vielfach an diesem neutralen Platze Verkaufsaufträge aus den im Kriege befindlichen Ländern abgewickelt werden, das allgemeine Bild der internationalen Börsenverhältnisse noch nicht wesentlich zu ändern vermocht. In London haben die Börseninteressenten dem englischen Schatzamt vorgeschlagen, noch niedrigere Mindestpreise für Börsenpapiere, als sie bisher in Kraft waren, zu genehmigen, um wenigstens das Geschäft zu beleben. Aber die Art der neuen Herabsetzung, die zwischen den Börsen und der Bankwelt zu vermitteln versuchte, hat beide Teile nicht zu befriedigen vermocht, ebenso wie auch die Kapitalsperre, die zum erstenmal mit der Einführung eines amerikanischen Eisenbahnpapieres in die Erscheinung trat, nach den Vereinigten Staaten hin ziemlich peinlich berührt hat. In Paris hat man andauernd die Verkaufsbeschränkungen abändern müssen. Bemerkenswert ist es, daß türkische Werte, die man absichtlich scharf gedrückt hatte, wieder anzogen, was man mit dem angeblichen Erfolg des Dreiverbandes in den Dardanellen zu erklären versucht hat. Den Kurs der 3prozentigen fran- zö-

sischen Rente hat man trotz aller Bemühungen doch nicht auf einem befriedigenden Stand erhalten können. Die deutschen, österreichischen, schweizerischen und italienischen Börsen bleiben weiterhin geschlossen. Die Ultimoverpflichtungen aus den früheren Monaten sind in Berlin abermals zu den bisherigen Bedingungen verlängert worden. Die Regierung hat amtlich ausgesprochen, daß sie die Zeit zur Eröffnung der Berliner Börse noch nicht für gekommen erachtet. Wie schon in den Vormonaten hat das Fehlen der Börsentätigkeit in Deutschland und in Oesterreich (Berlin und Wien) einen recht lebhaften Verkehr außerhalb der Börse nicht verhindern können. In Berlin wurden unter der Hand weiter festverzinsliche, in erster Linie heimische Anleihen und besonders Kriegsanleihen gehandelt, aber auch eine Reihe anderer Industriewerte, die mit der Rüstungsindustrie in Zusammenhang stehen, wurden zu steigenden Kursen umgesetzt. Wir nennen vor allem die Loewe- und Daimler-Aktien, aber auch die der Deutschen Erdölwerke, der Wollwarenfabriken und schließlich auch Bankwerte. Befürchtungen, daß die erzielten Kurse doch über den engeren Börsenkreis hinaus verbreitet würden, haben zum sogenannten Kurslistenverbot geführt, das aber doch die Ausbreitung des Wertpapierhandels im ganzen nicht zu hemmen vermochte.

Ein internationaler Geldmarkt hat wie bisher nicht bestanden. Die Diskontsätze der großen Notenbanken blieben unverändert mit Ausnahme des österreichischen Diskontes, der Anfang April von $5\frac{1}{2}$ auf 5 vH herabgesetzt wurde und damit dem deutschen und den meisten übrigen Bank-

und stetig, später schärfer an. Die Kupfernotierungen gingen zunächst von 64 auf 62 $\frac{1}{2}$ £ zurück, hatten aber bereits Ende Februar ihre frühere Höhe wieder erreicht und stiegen im März auf mehr als 69 £, wenn auch zeitweise ein Rückgang auf 67 bis 68 $\frac{1}{2}$ £ zu beobachten war. Zinn stieg im Februar von 174 auf 184 £ und erreichte etwa Mitte März mit 190 £ einen Höchststand, worauf die Preise aber wieder stark nachgeben mußten. Bemerkenswert ist die starke Aufwärtsbewegung für Zink, an dem England heute entschieden Mangel leidet, da die deutsche und belgische Zuluhr seit Beginn des Krieges gesperrt ist. Ohne nennenswerten Rückgang sind die Preise von 36 $\frac{1}{2}$ £ ständig auf 44 $\frac{1}{2}$ £ gestiegen und stehen damit doppelt so hoch wie in normalen Zeiten. Auch die Bleipreise, die im Januar leicht rückläufig waren, sind in den beiden letzten Monaten ziemlich lebhaft gestiegen. Die Glasgower Eisenpreise bewegten sich in aufsteigender Richtung, und zwar einerseits infolge der Arbeiterschwierigkeiten in England, andererseits weil die Eisenerzeugung bei dem Mangel an Brennstoffen und Erzen offenbar stark eingeschränkt worden ist. Gegenüber einem Preise von 56 sh 9 d Anfang Februar zeigen die Notierungen Ende März einen Stand von nicht

weniger als 68 sh. Der Silberpreis schwankte im Februar nur wenig, zog dann aber im März lebhafter an und erreichte Mitte dieses Monats einen Höchststand von 24 $\frac{15}{16}$ £, während er dann wieder auf 23 $\frac{3}{4}$ £ nachgab. In Deutschland sind die bisherigen Höchstpreise für Metalle und Metallfabrikate weiter aufrecht erhalten worden. Die Eisenpreise zeigen bei uns durchweg eine Steigerung. So sind die Roheisenpreise um 7, die Halbzeugpreise um 7 $\frac{1}{2}$ M/t erhöht worden. Auch die Preise von Stabeisen, Blechen, Röhren und Draht wurden entsprechend heraufgesetzt. An den Baumwollmärkten in New York und Liverpool haben die Preise im Februar nachgegeben, sind im März aber erheblich hinaufgegangen, was mit einer stärkeren Kauflust der amerikanischen aber auch der englischen Spinnereien zusammenhängt. An den deutschen Märkten sind gleichfalls die Baumwollpreise lebhaft gestiegen. Ende März wurde, ohne daß den Preisen größerer Abbruch geschah, die Markthaltung wieder unregelmäßiger und schwankend, Anfang April aber wieder fester, da der Baumwollanbau in den Vereinigten Staaten voraussichtlich wesentlich eingeschränkt werden wird. Die Wollpreise haben im Hinblick auf den starken Bedarf für Kriegszwecke weiterhin recht hoch gestanden.

III. MITTEILUNGEN AUS LITERATUR UND PRAXIS; BUCHBESPRECHUNGEN. WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT UND -POLITIK.

Der Krieg und die Volkswirtschaft.

Daß man in Deutschland von vielen Seiten an die Aufgabe herantritt, sich über die Veränderungen im Wirtschaftsleben, die der Weltkrieg notwendigerweise hervorrufen mußte, Klarheit zu verschaffen, war bei der kritischen Sinnesart der deutschen Nationalökonomien vorauszusehen. Ueberall erkannte man die Notwendigkeit zu lernen und auf manchen Gebieten auch völlig umzulernen. Eine solche Stimmung hat auch nicht nur die Männer der Theorie erfaßt, sondern noch weit mehr die im Leben stehenden Kräfte dazu veranlaßt, den zahlreichen neuen Fragen des Wirtschaftslebens ihre tätige und vielfach ganz neu schaffende Arbeit zu widmen. Erst einer späteren Zeit wird es vorbehalten bleiben müssen, den gewaltigen Umfang dieser Arbeit des ganzen deutschen Volkes an der Hand der Quellen klarzulegen und entsprechend zu würdigen. Was heute geschehen kann und auch von berufener Seite geschehen ist, besteht darin, dem Volke die Grundzüge dieser Unsumme von Arbeit näher zu bringen und aus den Leistungen der Gegenwart mit allen ihren Schwächen und ihren überwiegenden Vorzügen, Richtlinien für eine spä-

tere Zukunft aufzustellen, die hoffentlich dem deutschen Volke nicht nur einen materiellen Ersatz für das vernichtete Gut und Blut gewähren wird, sondern auch die geistigen und sittlichen Vorbedingungen dafür schaffen wird, um die ganze Zukunft des Volkes glänzender zu gestalten.

So hat wohl auch Werner Sombart in seiner Schrift »Händler und Helden«¹⁾, der er den Untertitel »Patriotische Besinnungen« gegeben hat, die Frage der deutschen Zukunft erfaßt. Sombart feiert das deutsche Volk, wie es sich in seiner Idee rein darstellt und wie es in den begeisterten Scharen der Kämpfer für Deutschlands Sicherheit und Größe lebt, denen er auch seine Schrift gewidmet hat, als das auserwählte Volk der Zukunft, und er stellt den Heldengeist des deutschen Volkes dem Händlergeist der englischen Nation scharf entgegen.

Sombart hat für blendende Antithesen stets eine Vorliebe gehabt und versteht es auch in diesem Buche, seinen Ausführungen eine besondere Beweiskraft zu geben, indem er die Fragestellung auf die Spitze treibt und

¹⁾ 145 Seiten. München und Leipzig 1915, Duncker & Humblot. Preis 1 M.

nach einer höchst abfälligen, nach meiner Ansicht allerdings zu einseitigen Kritik des englischen Händlergeistes zu dem Satz gelangt: Deutsch sein, heißt ein Held sein. Händler und Held bilden nach ihm die beiden großen Gegensätze; sie bilden gleichsam die beiden Pole aller menschlichen Gesellschaft. Der Händler tritt an das Leben mit der Frage heran: Was kannst du, Leben, mir geben? Er will nehmen, das macht: er ist arm. Der Held tritt ins Leben mit der Frage: Was kann ich dir, Leben, geben? Er will schenken, sich opfern — ohne Gegengabe; das macht, er ist reich. Ist es aber wirklich recht, die Fragestellung in dieser scharfen Form zu geben, die sozial-philosophisch berechtigt sein mag, aber den praktischen Verhältnissen doch wohl etwas Gewalt antut? Ich fühle mich in keiner Weise bewogen, die unerfreulichen Seiten des englischen Händlergeistes in Schutz zu nehmen, aber gerade die Beschäftigung mit der englischen Literatur auf einem bestimmten Gebiete während des Krieges zeigt mir, daß die absolute Bewertung der einen und der andern Partei in dieser Art zu Fehlschlüssen führen muß. Daß unter diesem Vorbehalt die Schrift von Sombart es wohl verdient, nicht nur gelesen, sondern auch in ihren praktischen Forderungen vielfach befolgt zu werden, sei jedoch noch besonders hervorgehoben. Mit Recht hat Sombart auch besonders betont, daß er nur für Deutsche schreibe. Und in der Tat werden Nichtdeutsche seine prägnanten Ausführungen über den viel erörterten Militarismus, unter dem sich jeder etwas anderes vorstellt, nicht verstehen können. Militarismus ist nach Sombart der zum kriegerischen Geist hinaufgesteigerte heldische Geist (S. 85). »Er ist Potsdam und Weimar in höchster Vereinigung. Er ist Faust und Zarathustra und Beethoven-Partitur in den Schützengräben. Denn auch die Eroica- und die Egmont-Ouvertüre sind doch wohl edelster Militarismus.«

Mit scharfen Strichen kennzeichnet er auch das Leben vor dem Kriege, »in dem die händlerische Kultur drauf und dran war, sich die Welt zu erobern. In England war die Menschheit zuerst an der händlerischen Weltanschauung erkrankt, aber auch der deutsche Volkskörper war von dieser Krankheit er-

griffen worden.« So gelangt Sombart zu einer wohl auch etwas zu weit gehenden Verurteilung des Komforts und jener Art von Sportbetrieb, die dem Sport eine zu große Bedeutung auf Kosten der geistigen Bildung zuerkannt hat. Sombart bekennt es offen, daß er, wie viele andere, vor dem Kriege einem Kulturpessimismus verfallen war, der wohl auch als die innere Ursache für seine heutige gesteigerte Lebensauffassung anzusehen ist, denn der Schritt vom Pessimismus zum Optimismus ist unter dem Einflusse gewaltiger Ereignisse wohl nicht so weit wie sonst. Jener Zustand der Ueberspannung scheint mir auch in den folgenden Worten zu liegen (S. 135): »Im Grunde brauchen wir Deutsche in geistig-kultureller Hinsicht niemand. Kein Volk der Erde kann uns auf dem Gebiete der Wissenschaft, der Technologie, der Kunst oder der Literatur irgend etwas Nennenswertes geben, das zu entbehren für uns schmerzlich wäre. Besinnen wir uns doch auf den unerschöpflichen Reichtum des deutschen Wesens, das alles in sich schließt, was menschliche Kultur an wirklichen Werten zu erzeugen vermag. Man braucht kein Deutscher zu sein, um das einzusehen.«

Diese Worte sind gegen den Internationalismus gerichtet, der scharf verurteilt wird. Liegen hier aber nicht auch einige Uebertreibungen vor? Die Beurteilung solcher Fragen ist Sache des Temperamentes und Geschmackes, und auch die Zeitstimmung ist dabei zu berücksichtigen. Auch Sombart selbst wird seinem Buche nicht nur kritiklose Leser wünschen, die alles blind nachsprechen, was er sagt. Zusammenfassend möchte ich daher sagen, daß es wohl kaum ein Werk in der reichen Literatur unserer Tage gibt, das zum Nachdenken so anregt, stilistisch wie die meisten Schriften Sombarts ein Meisterwerk darstellt und gleichzeitig bei allem ethischem Schwung doch auch eines kritischen Leserkreises bedarf.

Ganz anders geartet ist ejne Schrift »Krieg und Volkswirtschaft« von Prof. Johann Plengel, die als Heft 11 und 12 der Kriegsvorträge der Universität Münster i/W. erschienen ist¹⁾.

¹⁾ 200 Seiten. Münster i. W. 1915, Borgmeyer & Co. Preis 1 M.

Allerdings überschreitet der Umfang des Werkes die Länge selbst eines ausführlichen Vortrages sehr stark, so daß die Schrift wohl mehr aus äußeren Gründen in die Sammlung aufgenommen worden ist. Diese Schrift will vor allem die Wandlungen, die der Krieg hervorgebracht hat, in ihren Grundzügen nach der wirtschaftlichen Seite schildern, und wenn auch hier manche Frage natürlich nur angedeutet worden ist, so erscheint die ganze ebenfalls von warmem vaterländischem Empfinden erfüllte Schrift doch ganz vorzüglich geeignet, auch in weiteren Kreisen das so notwendige wirtschaftliche Verständnis für die großen Zusammenhänge zu schaffen. Während Sombart eigentlich vor allem den Gegensatz Deutschland-England zur Grundlage seiner Ausführungen gemacht hat, ist Plengel, der auch unsere andern Gegner eingehender berücksichtigt, mehr Wirtschaftshistoriker und Wirtschaftspolitiker als Wirtschaftsphilosoph. Besonders interessant erscheinen seine Ausführungen über den Krieg als Konjunkturerscheinung und als Verwaltungsaufgabe. Hier spricht ein verständnisvoller Kritiker des Wirtschaftslebens, der Licht und Schatten so gerecht wie möglich zu verteilen bestrebt ist. Vor allem seien Verwaltungsbeamte auf die beiden betreffenden Kapitel besonders aufmerksam gemacht, und da die Zahl der Ingenieure, die zu derartigen Aufgaben berufen worden ist und später einmal berufen werden dürfte, nicht klein ist,

so sollten auch sie jene durchaus objektive Kritik des Bürokratismus, der seiner Geistesanlage nach bei einem Ereignis, wie dem Weltkrieg, vielfach versagen mußte, lesen, um nicht im gegebenen Falle selbst in jene Fehler zu verfallen. Die volkswirtschaftlichen Friedensbedingungen schon heute zu erörtern, mag vielleicht verfrüht erscheinen, aber Plengel tut auch das in sehr vorsichtiger Weise, so daß man seinen Ausführungen im allgemeinen zustimmen kann. Sollte Deutschland einen entscheidenden Sieg erringen, so müssen seine schaffenden Kräfte, seine Kolonien und seine finanzielle Weltstellung vergrößert und verbessert werden. Mit Recht betont er auch, daß man sich darüber auch im klaren sein müsse, daß der Uebergang zum Frieden nicht mit der Rückkehr zum früheren Wirtschaftsstand gleichbedeutend sein kann, und daß nicht nur unsere eigene wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch die der ganzen Weltwirtschaft durch den Krieg auf längere Zeit hinaus verlangsamt werden wird. Alle Bestrebungen nach Welt Herrschaft lehnt auch Plengel energisch ab, aber an den endlichen Sieg Deutschlands, der ein Segen auch für die unbeteiligten Länder sein wird, glaubt auch er, und so klingt denn auch seine mehr die Praxis berücksichtigende Schrift in denselben Gedanken aus, wie die ganz anders geartete Bekenntnisschrift Sombarts.

H. Großmann.

INDUSTRIE UND BERGBAU.

Die deutsche Werkzeugmaschinenindustrie im Kriege.

In der Zeitschrift »Nord und Süd«¹⁾ veröffentlicht Dr. Walther Waldschmidt eine dem Verständnis größerer Leserkreise angepaßte Arbeit, der wir im folgenden einige recht beachtenswerte Gedanken entnehmen. Der Massenherstellung von Kriegsbedarf ist es bei uns sehr zustatten gekommen, daß unsere Werkzeugmaschinenfabriken schon während des letzten Jahrzehntes nach amerikanischem Vorbild zur Reihenherstellung von Maschinen und zum Arbeiten auf Lager übergegangen sind. So konnten nicht nur die

schon im Frieden für das Heer arbeitenden Werke ihren Maschinenpark in kurzem stark vergrößern, sondern auch Fabriken, die bisher Fahrräder, Motorräder, Nähmaschinen, Schreib- und Rechenmaschinen, Pumpen, Ausrüstungsteile, Schrauben, Zahnräder hergestellt hatten, konnten rasch der neuartigen Beschäftigung für den Krieg angepaßt werden. Hierbei war auch die gute theoretische Ausbildung unserer Techniker und Ingenieure von günstigem Einfluß, die z. B. eine Schreibmaschinenfabrik durch zweckmäßige Umgestaltung oder Vervollständigung der vorhandenen Sondermaschinen ohne Verzug für die Herstellung von Zündern und Bearbeitung von Granaten einzu-

¹⁾ vom April 1915.

richten gestattete. Bei dem Ringen der wirtschaftlichen Kräfte der kriegführenden Staaten miteinander ist es bedauerlich, daß die deutschen und österreichischen Maschinenfabriken nicht nur dem hochentwickelten Maschinenbau Englands, dem sich entwickelnden Maschinenbau Rußlands und demjenigen Frankreichs, der übrigens durch die Besetzung des Nordens nicht lahmgelegt ist¹⁾, sondern auch der glänzenden mechanischen Industrie Amerikas gegenüber stehen. Ein Trost für uns ist, daß die Bezahlung der Werkzeugmaschinen und des Schießbedarfes an das Ausland den Goldschatz unserer Feinde vermindert und daß wir die sehr leistungsfähige belgische Industrie, wenn auch nicht für uns nutzbar gemacht, so doch wenigstens ausgeschaltet haben. Da aber, wie die Gegenwart zeigt, ein moderner Krieg zwischen industriellen Staaten zugleich ein Messen der wirtschaftlichen und technischen Kräfte bedeutet, reicht offenbar der bisherige Begriff der Neutralität nicht mehr zu, der sich doch mit der Nichtunterstützung der feindlichen Staaten seitens neutraler Staaten decken soll. Wenn nach englischen Zeitungsberichten kürzlich 3000 erstklassige Metallarbeiter aus Amerika nach England geschickt worden sind, um die englischen Arbeiter in den modernen amerikanischen Arbeitsverfahren für die Massenherstellung zu unterweisen, so würden wir auch bei gebotener Möglichkeit etwas derartiges nicht tun. Die deutschen Fabriken haben vielmehr dazu gegriffen, ihrem Arbeitermangel zum Teil durch das Anlernen von Arbeiterinnen zu begegnen, die sich für die Wartung bestimmter Maschinen mit etwas eintöniger Arbeitsweise sogar besser geeignet erwiesen haben als

¹⁾ Der Verfasser erinnert an die außerhalb der Kriegszone liegenden Werke in Le Creusot, Saint Chamond usw.

Männer. Nach einem Hinweis auf die erfreuliche Bedeutung unserer Werkzeugmaschinenindustrie, die sich in der Entwicklung unserer Ausfuhr an solchen Maschinen von 20465 t im Jahre 1903 auf 90320 t im Jahre 1913 gegenüber einer Steigerung der Einfuhr von nur 2364 t auf 7539 t ausspricht, betont Waldschmidt, daß wir aus dem Kriege zwei bedeutsame Lehren für die Zukunft ziehen müssen: Schon im Frieden sollen diejenigen militärpflichtigen Facharbeiter bezeichnet werden, welche nicht eingezogen werden dürfen, damit sie die Fabriken für Heeresbedarf und für die erforderlichen Werkzeugmaschinen fortgesetzt im Betrieb halten können. Ferner müssen die Fabriken, die besonders zur Herstellung von Geschossen im weitesten Sinne herangezogen werden sollen, schon im Frieden Probeaufträge vom Staat erhalten, damit sie mit ihren Einrichtungen stets für den Krieg bereit sind.

Das ist derselbe wertvolle Gedanke, der u. a. in der Kölnischen Zeitung¹⁾ unter dem Stichwort »Der wirtschaftliche Generalstab« noch weiter ausgeführt und in den folgenden Sätzen zusammengefaßt worden ist: Es muß eine Stelle errichtet werden, die für alle diese Fragen, für die nächsten und fernsten Möglichkeiten wirtschaftlicher Kriegführung verantwortlich ist. In dieses Amt sollen die besten und fähigsten Köpfe berufen werden, Leute vom Schlage der Männer, die Deutschlands Handel, Industrie und Bodenwirtschaft groß gemacht haben. Sollte wieder einmal ein deutscher Kaiser das Schwert ziehen müssen, so wollen wir gerüstet sein wie nie ein Volk der Erde. Jede Drehbank und jede Stanzmaschine soll ihre Mobilmachungsorder haben. Automatisch sollen diese Gesetze des Kriegszustandes in Kraft treten!

¹⁾ vom 1. April 1915.

HANDEL UND VERKEHR; GELDWESEN. WELTWIRTSCHAFT.

Der Krieg und das französische Wirtschaftsleben.

So lange das französische Volk auch mit dem Revanchegeanken gespielt hat und so umfassende Rüstungen für Frankreichs Heer auch getroffen sein mögen, darüber kann kein Zweifel ob-

walten, daß der Ausbruch des Weltkrieges Frankreichs Wirtschaftsleben völlig ungerüstet und unvorberichtet gefunden hat. Der weitere Verlauf des Krieges, vor allem die Tatsache, daß der französische Boden den Schauplatz der kriegerischen Tätigkeit

abgegeben hat, ist um so tiefer greifend für Frankreichs Wirtschaftsleben geworden, als der Kriegsschauplatz den wirtschaftlich wichtigsten und wertvollsten Teil Frankreichs darstellt und gerade die bereits von Deutschland besetzten Gebiete hervorragende Standorte der französischen Industrie sind. Umfaßt das von uns bisher besetzte Gebiet mit etwa 20 000 qkm auch erst den 25sten Teil Frankreichs, so ist dieser Teil doch um ein Vielfaches wichtiger als andere weite Strecken nord- und westfranzösischen Bodens, und weiter darf man annehmen, daß die eigentliche Kriegszone, d. h. das wertvolle Gebiet, in dem Frankreichs Heer dem unsern gegenübersteht, gegenwärtig wirtschaftlich fast lahmgelegt ist.

Beginnen wir mit der französischen Geldwirtschaft, so hatte sich im vergangenen Sommer vor dem Ausbruch des Krieges das übliche Bild, wonach Frankreich infolge seines Kapitalreichtums und seiner verhältnismäßig geringfügigen Kapitalanlage in der heimischen Volkswirtschaft über die flüssigsten Geldsätze verfügt, geändert. Fremde Länder waren Frankreich stark verschuldet, aber die weitgehenden Rückzahlungen aus Rußland und den Vereinigten Staaten, die im Frühsommer stattfanden, genügten nicht, um damit den französischen Geldmarkt wesentlich zu entlasten, der sich im übrigen auf erhebliche Ansprüche Brasiliens, vor allem aber auf die neue 3½ prozentige Rente, die in Höhe von 800 Mill. Fr ausgegeben wurde, einzurichten hatte. Während Mitte Juli der Berliner Privatskont 2 vH betrug und in London die Sätze des offenen Marktes noch niedriger waren, herrschte in Paris ein Privatskont von 2¾ vH bei einem Banksatz von 4 vH. Die von der Befürchtung einer bevorstehenden Kriegserklärung hervorgerufenen Abhebungen von Pri-

vatguthaben, die in Frankreich denselben Anschein der Ueberstürzung zeigten wie überall, veranlaßten die Bank zu einer Hinaufsetzung des Diskontes auf 6 vH um die Juliwende, um den Goldbestand, der durch einen starken Goldzustrom aus dem Ausland Ende Juli auf mehr als 4 Milliarden Fr angewachsen war, möglichst unverehrt zu erhalten.

Die finanzielle Kriegsrüstung Frankreichs bestand zunächst hauptsächlich darin, daß die französische Regierung bei der Kammer die Ermächtigung nachsuchte, die Höchstgrenze des Notenumlaufes vorläufig auf 12 Milliarden Fr festzusetzen. Das bisherige Notenkontingent von 6,8 Milliarden Fr war in jenen kritischen Tagen erreicht, wenn nicht überschritten worden. Der letzte Bankausweis vor dem Kriege verzeichnet einen Goldvorrat von 4141 Mill. Fr und einen Silbervorrat von 625 Mill. Fr, während der Notenumlauf 6583 Mill. Fr betrug, so daß sich das Verhältnis des Barvorrates zum Notenumlauf auf 71,32 vH stellte. Gleichzeitig wurde die Verpflichtung der Bank, ihre Noten in Gold einzulösen, aufgehoben, und endlich wurde die Bank von der Veröffentlichung ihrer üblichen Wochenausweise entbunden. Diese Geheimhaltung der tatsächlichen Banklage steht in scharfem Gegensatz zu den regelmäßigen Veröffentlichungen der deutschen Reichsbankausweise. Wie sehr übrigens die Geldverhältnisse in Frankreich allen Anlaß hatten, das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen, geht aus den nach Monaten in Einzelziffern wieder veröffentlichten Ausweisen der Notenbank hervor, die fortgesetzt ein außerordentlich hohes Anschwellen des Wechsel- und Notenbestandes zeigen. Wir stellen die meisten der bisher veröffentlichten Ausweise der Bank von Frankreich nachstehend zusammen:

	(in Mill. Fr)	Gold	Silber	Wechsel	Lombard	Vorschuß an d. Regierung	Notenumlauf	Staatsguthaben	Privatguthaben
30. Juli 1914		4141	625	2244	753	205	6633	382	948
1. Oktober		4093	319	4476	?	2100	9299	?	?
15. Oktober		4121	329	4359	841	2700	9354	2316	
10. Dezember		4144	351	3850	780	3600	9986	176	2672
24. Dezember		4158	356	3736	745	3900	10042	450	2650
28. Januar 1915		4233	366	3276	729	4100	10473	70	2328
11. Februar		4234	374	3329	856	4100	10749	161	2223
25. Februar		4239	376	3286	809	4600	10962	70	2356
25. März		4249	377	3001	561	4900	11176	101	2415

Ein Vergleich der vorstehenden Ausweise zeigt, daß es im Laufe der ersten Kriegsmonte wohl gelungen ist, den Goldbestand unversehrt zu lassen, jedoch keineswegs, ihn nennenswert zu erhöhen. Andererseits hat namentlich in den ersten Kriegsmonten das Wechselkonto stark zugenommen und sich bis zum 1. Oktober gegenüber dem Stande vom Ende Juli beinahe verdoppelt, alsdann aber vermindert. Vom 1. Oktober 1914 bis Ende Januar 1915 ist nach den Aufstellungen der Bank ein größerer Wechselbetrag eingelöst worden, doch steht es keineswegs fest, ob es sich dabei um eine tatsächliche Einlösung und nicht etwa um eine Abbuchung auf andere Konten handelt. Den am meisten bemerkenswerten Teil des Ausweises der Bank von Frankreich bildet das Notenkonto, das Ende Juli 6683 Mill. Fr betrug, am 1. Oktober auf fast 9300 Mill. angewachsen war und sich dann, wenn auch nur langsam, weiter gesteigert und Mitte Februar fast die eilfte Milliarde erreicht hat. Das Verhältnis des Barvorrates zum Notenumlauf, das sich vor dem Ausbruch des Krieges auf 71,32 vH stellte, ist bis Mitte Februar auf 42,9 vH gesunken. Die Vorschüsse der Bank an die Regierung, die Ende Juli nur wenige hundert Mill. Fr betragen, waren am 1. Oktober auf 2100 Mill., am 10. Dezember bereits auf 3600 Mill. Fr angewachsen. Die ganze Art, den Stand der Bank teils sehr verspätet, teils lückenhaft und nicht selten auch in immer wieder abgeänderter Form zu veröffentlichen, wirft kein günstiges Licht auf die französischen Geldverhältnisse und sticht sehr von den regelmäßigen und klaren Veröffentlichungen der deutschen Reichsbank ab. Wie schlecht übrigens auch sonst die Bank in früheren Jahren gearbeitet hat, geht auch daraus hervor, daß sich der Jahresumsatz auf nur 414 Milliarden Fr im Jahre 1914 gegen 827 Milliarden Fr im Jahre 1913 beläuft.

Frankreichs Geldbedarf im gegenwärtigen Krieg ist im Gegensatz zu dem Deutschlands nicht durch eine Anleihe gedeckt worden. Zunächst hat man den Krieg mit ungedeckten Noten geführt; allerdings standen ja noch vom Juli her die Erträge der großen Staatsanleihe zu Verfügung über deren Eingang jedoch keine genauen Angaben gemacht worden sind. Weiterhin wur-

den dann kurzfristige, auf 3 Monate bzw. 1 Jahr laufende Schatzscheine, die sogenannten Obligations oder Bons de Défense Nationale ausgegeben, die mit einem Zinsfuß von 5 vH ausgestattet waren und in Stücken von 100, 500 und 1000 Fr angeboten wurden. Bis Ende Oktober waren von diesen Schatzscheinen erst 300 Mill. Fr untergebracht worden. Mitte Dezember war die Summe auf 940 Mill. Fr angewachsen. Später hat die Regierung den Gesamtbetrag der umlaufenden Schatzscheine auf 1400 Mill. erhöht, wovon aber 300 Mill. Fr auf Erneuerung bereits vor dem Krieg ausgegebener Schatzscheine entfielen. Da auch in der Folgezeit die Eingänge aus der Juli-Staatsanleihe sehr langsam flossen und ebenso die erwähnten Schatzscheine nicht in bedeutenden Mengen genommen wurden, entschloß sich die Regierung Mitte Januar zu einem neuen Mittel. Es sind nunmehr unbeschränkt fünfprozentige steuerfreie 10jährige Nationalverteidigungs Obligations geplant, die zu einem Kurs von 96½ vH ausgegeben werden sollen, also einem Kurs, der wesentlich schlechter ist als bei den deutschen Anleihen. Obwohl es nicht zweifelhaft sein kann, daß das französische Privatpublikum reich genug ist, um selbst außerordentliche Kriegslasten zu tragen, fehlt es doch an der genügenden Opferwilligkeit der Bevölkerung, die auch durch glänzende Angebote seitens der stark in Geldverlegenheit geratenen Regierung nicht aus ihrer Zurückhaltung herausgebracht werden kann. Erwähnt sei übrigens, daß die 3prozentige französische Rente, deren Kurs man durch allerlei Börsenmanöver hochzuhalten versucht hat, Ende Februar auf 69 vH zurückgegangen war, während sich die 3½prozentige Rente des verflossenen Jahres auf 89 bis 90 vH stellte.

An weiteren Anleiheversuchen hat es in Frankreich nicht gefehlt. So wurde bereits im September der Versuch gemacht, in Amerika mit Hilfe des Bankhauses Morgan eine Anleihe in Höhe von 50 Mill. \$ abzuschließen, für die aber nicht Geld, sondern Waren (Lebensmittel und Rohstoffe) aufgebracht werden sollten. Diese Anleihe scheiterte indessen. Anfang des neuen Jahres trat Frankreich in England als Anleihesuchender auf, wobei es angeblich gelang, 10 Mill. £ Schatznoten

unterzubringen. Anfang April verlautete vom Abschluß einer neuen Schatzanleihe mit dem Bankhaus J. P. Morgan von 25 bis 50 Mill. \$. Bemerket sei übrigens, daß für die oben erwähnten neuen Bons der nationalen Verteidigung schließlich eine Emissionsgrenze von $3\frac{1}{2}$ Mill. Fr festgesetzt worden ist. Ende Januar hieß es, daß bisher 2700 Mill. Fr solcher Verteidigungsbons untergebracht worden seien. Doch ist dies nicht allein privater Opferwilligkeit zuzuschreiben. Die Sprunghaftigkeit und Zick-Zack-Politik der französischen Geldbeschaffung ist äußerst bezeichnend für die schwierigen Geldverhältnisse, die in Frankreich herrschen, obwohl das Land noch wenige Monate vor dem Krieg als der Bankier der Welt gegolten hatte, wobei es aber dem eigenen Handel und der eigenen Industrie nur äußerst vorsichtig, ja nicht selten engherzig Kredit zu gewähren pflegte. Die französischen Kriegsschulden wurden Anfang März auf 3120 Mill. Fr angegeben, die sich aus etwa 2600 Mill. Fr Bons der nationalen Verteidigung, etwa 150 Mill. Fr Schatzscheinen und 354 Mill. Fr im Ausland untergebrachter Schuldtitel zusammensetzten. Diese Summe stellt jedoch lange noch nicht den Gesamtbetrag der französischen Kriegsausgaben dar. Hierzu muß man vielmehr noch die Milliarden rechnen, die der Regierung zur Verfügung gestellt worden sind und sich in der gewaltigen Steigerung des Notenumlaufes aussprechen.

Im Gegensatz zu Deutschland hat auch Frankreich, wie die übrigen Länder des Dreiverbandes, ein Moratorium erlassen müssen, das jeweils verlängert wurde. Anfangs wurden die Banken verpflichtet, ihren Depositengläubigern lediglich 250 Fr zuzüglich 5 vH ihres Guthabens auszuzahlen, während Sparkassen auf jedes Buch nur 50 Fr mit einer 14tägigen Kündigung auszahlen brauchten. Ebenso wurde ein Wechselmoratorium erlassen. Trotz dieser sehr erschwerenden Bestimmungen haben sich die Sparkassenguthaben in Frankreich andauernd verringert. Im Jahre 1914 betrug der Ueberschuß der Auszahlungen über die Einzahlungen rd. 123 Mill. Fr, und im laufenden Jahre haben sich die Verhältnisse weiter verschlechtert. Man stelle dem die Sparkassenverhältnisse in Deutschland gegenüber, wo mit alleiniger Ausnahme der Woche vor

Ausbruch des Krieges und der Zeit in der für die Kriegsanleihe Gelder flüssig gemacht wurden, die Einzahlungen die Auszahlungen meist bedeutend übertroffen haben. Weitere wirtschaftliche Maßnahmen waren der Zahlungsaufschub für Dividenden und Zinsen und ebenso stark einschränkende Bestimmungen auf Vorschußgewährungen. Die Bank von Frankreich durfte zwar auf erstklassige französische Werte Vorschüsse von 6 vH Zinsen gewähren, jedoch nur bis zu einem Höchstbetrage von 2000 Fr. Die seit Beginn des Moratoriums bis Anfang Februar, also in den ersten sechs Kriegsmonaten, unbezahlt gebliebenen Wechsel beliefen sich in Paris auf 1721 Mill. Fr, in der Provinz auf 1414 Mill. Fr, zusammen also auf mehr als 3 Milliarden Fr.

Die Pariser Börse wurde beim Ausbruch des Krieges geschlossen. Als die Regierung im September ihren Sitz nach Bordeaux verlegte, hat sich dort ein Scheinverkehr eingerichtet, wie auch später mit Stolz die Aufrechterhaltung einer Börse in Paris verkündet worden ist. Man hat vor allem versucht, den Kurs der französischen Rente hochzuhalten, was indessen nur zum Teil gelungen ist. Ein regelmäßiger Börsenverkehr herrschte in Paris seit Anfang Dezember. Eine größere Anzahl von Werten ist seitdem sowohl im offiziellen als auch im freien Markt notiert worden. Die vielfach recht bedeutenden Schwankungen der französischen Börsenwerte lassen im übrigen erkennen, daß man weit von normalen Verhältnissen entfernt ist, wie denn überhaupt dieser offizielle Börsenverkehr mehr ein Zugeständnis an die öffentliche Meinung bedeutet, als daß er einem wirklichen Bedürfnis entspricht.

Die französische Landwirtschaft hat durch den Krieg nicht unerheblich gelitten. Die Weizenernte wurde für das Jahr 1914 auf 87 Mill. dz gegen 87,8 Mill. dz im Jahre 1913 angegeben; im Jahre 1912 wurden 90,9 Mill. dz geerntet. Der normale Weizenverbrauch Frankreichs stellt sich auf 94 Mill. dz. Die normale Weizenernte der von den Deutschen besetzten Gebiete wird auf 7,7 Mill. dz berechnet. Da die Vorräte bei Beginn des Krieges auf 5 Mill. dz geschätzt wurden, also mit der letztjährigen Weizenernte zusammen um

2 Mill. dz hinter dem Normalverbrauch zurückstanden, so ergibt sich ein Fehlbetrag von 9,7 Mill. dz, der jedoch zum größten Teil durch eine entsprechende Einfuhr ausgeglichen worden ist. Ueber die Weinernie in den nördlichen und westlichen Departements liegen zufriedenstellende Ergebnisse vor, doch darf man nicht vergessen, daß weite Gebiete des Weinbaues teils seit dem Herbst vorigen Jahres von uns besetzt sind, teils in der Nähe der Kriegszone liegen und sich daher für den kommenden Anbau recht düstere Aussichten bieten.

Der französische Außenhandel hat sich nach den wenigen vorliegenden Nachrichten dauernd verschlechtert. Für die ersten 10 Monate 1914 stellten sich die Einfuhrwerte auf 5693 Mill. Fr gegen 6832 Mill. Fr im entsprechenden Vergleichszeitraum 1913, oder 1139 Mill. Fr weniger. Davon entfielen auf Nahrungsmittel 1404 (1439) Mill. Fr, auf Rohwaren 3322 (4033) Mill. Fr, auf Fertigwaren 967 (1360) Mill. Fr. Noch stärker hat sich die Ausfuhr verschlechtert, da sie in den ersten 10 Monaten 4421 (5638) Mill. Fr oder 1217 Mill. Fr weniger betragen hat. Davon entfielen auf Nahrungsmittel 516 (667) Mill. Fr, auf Rohwaren 1225 (1523) Mill. Fr, auf Fertigwaren 2356 (3002) Mill. Fr, auf Postkolli 324 (447) Mill. Fr. Nimmt man an, daß die Warenbewegung in den ersten 7 Monaten, d. h. bis zum Ausbruch des Krieges, nur die gleiche Höhe wie im Vorjahre gehabt hat, so hätte in den Monaten August bis Oktober die Einfuhr 910 gegen 2049 Mill. Fr i. V. betragen, d. h. 1139 Mill. Fr oder $55\frac{1}{2}$ vH weniger, die Ausfuhr dagegen nur 4474 gegen 6091 Mill. Fr oder 1617 Mill. Fr = 73,5 vH weniger. Nach ungünstiger sind die Verhältnisse in den letzten beiden Jahresmonaten gewesen. Die gesamte Einfuhr Frankreichs im Jahre 1914 betrug nämlich 6349 Mill. Fr gegen 8421 Mill. Fr i. V., die Ausfuhr 4827 gegen 6880 Mill. Fr i. V. Mit diesen Außenhandelsziffern kehrt Frankreich auf den Stand des Jahres 1908 zurück. Die Einfuhr steht um 2072, die Ausfuhr um 2053 Mill. Fr hinter der vorjährigen zurück. Im November und Dezember betrug die Einfuhr 656 Mill. Fr gegen 1589 Mill. Fr i. V., die Ausfuhr 406 Mill. Fr gegen 1242 Mill. Fr. Im Januar und Februar betrug die Einfuhr 854 gegen 1512 Mill. Fr oder 43 vH, die Ausfuhr 385 gegen 992 Mill. Fr oder

61 vH weniger. In noch ungünstigerem Licht erscheinen diese Ziffern, wenn man erwägt, daß die Preise für die eingeführten Waren und Lebensmittel außerordentlich gestiegen sind, so daß die den Wertziffern entsprechenden Mengen noch stärker herabgedrückt erscheinen. Alle Länder sind an dem Rückgang des Handelsverkehrs Frankreichs 1914 gegen 1913 mit entsprechenden Ausfällen beteiligt, so an der Einfuhr England mit 245 Mill. Fr, Deutschland mit 475 Mill. Fr, Belgien mit 240 Mill. Fr, Rußland mit 147 Mill. Fr. Für die Ausfuhr lauten die Ausfälle 300 bezw. 368 bezw. 505 bezw. 22 Mill. Fr.

Diesen schlechten Handelsverhältnissen entspricht eine ebenso ungünstige Industrielage, die man nicht mit Unrecht eine industrielle Niederlage genannt hat. Schon anfangs war erwähnt worden, daß weite und wichtige Industriegebiete Frankreichs besetzt worden sind. Es handelt sich vor allem um die wichtigen Kohlen- und Bergwerkbezirke. In allererster Linie ist Frankreichs Kohlenbergbau auf das schwerste gefährdet worden. Die französische Kohlenförderung belief sich in den letzten Jahren jährlich auf etwas über 40 Mill. t. Von dieser Förderung sind heute mindestens $\frac{2}{3}$ schwer bedroht, wenn nicht völlig unmöglich gemacht. Dies gilt von den Lagern im Pas de Calais und im Departement du Nord, während lediglich die Kohlenlager des Loire Saône Departements, soweit es die militärische Aushebung zuläßt, ungehindert arbeiten, aber auch wohl kaum ihre Förderung erhöht haben dürften. Frankreich bezog im letzten Jahre 12 Mill. t englischer Kohle, $5\frac{3}{4}$ Mill. t deutscher und 36 Mill. t belgischer Kohle. Die beiden letzteren Zufuhren sind ganz ausgefallen, während sich die englische Zufuhr schon in den ersten Kriegsmonaten kaum auf die Hälfte stellte und jetzt durch den Unterseebootkrieg gleichfalls fast völlig ausgeschaltet sein dürfte. Die schwere Kohlennot, die in Frankreich herrscht, macht sich nicht nur im Privatverbrauch fühlbar, sondern noch mehr in der Industrie. Der Kohlenpreis ist in Frankreich auf 24 Fr/t gestiegen. Paris hat an Stelle seines monatlichen Bedarfs von 250 bis 300000 t Kohle höchstens 80000 t erhalten können. Was die Eisenerzgewinnung betrifft, so stellte sie sich im Jahre 1913 auf $21\frac{1}{2}$ Mill. t

Davon entfielen auf das Departement Meurthe-et-Moselle nicht weniger als 19,8 Mill. t, die zum allergrößten Teil aus dem Becken von Briey stammten, das im Jahre 1913 eine Förderung von 14,8 Mill. t gehabt hatte, oder $\frac{2}{3}$ der französischen Eisenerzeugung überhaupt. Durch die Besetzung dieses Beckens sowie durch die Stilllegung der Eisenerzbezirke von Nancy und Longwy ist die Eisenerzförderung noch weiter eingeschränkt worden. Ebenso ist bekannt, daß Frankreich nicht unbeträchtliche Mengen von Eisenerz aus Deutschland erhalten hat. 90 vH der französischen Eisenerzgewinnung kommen also jetzt aus den erwähnten Gründen in Wegfall. Die Roheisenerzeugung Frankreichs betrug 1913 5,3 Mill. t, von denen auf das erwähnte Departement Meurthe et-Moselle 3,55 Mill. t entfielen. Von den 127 Hochöfen, die von den gesamten 170 Hochöfen in Frankreich Anfang 1913 unter Feuer standen, liegen nicht weniger als 95 in der Kriegszone. Nicht viel besser steht es mit der französischen Stahlerzeugung, die sich auf etwa $4\frac{1}{2}$ Mill. t im letzten Jahre gestellt hatte. Von den Rohstahlwerken Frankreichs sind heute gleichfalls 70 vH von uns besetzt.

Was die übrigen Industriezweige betrifft, so ist die französische Wolllindustrie, von der große Teile im Norden Frankreichs liegen, gleichfalls durch den Krieg stark geschädigt worden. Wir erinnern daran, daß die großen französischen Wollplätze Roubaix und Tourcoing von uns besetzt sind, und daß auch die Wollzufuhr nach Nord-

frankreich über Havre stark eingeschränkt ist. Bedeutende Rohwollvorräte, man spricht von Mengen im Werte von mehr als 300 Mill. Fr, sind in unsere Hand gefallen. Die Baumwollindustrie, die an und für sich schon in der Zeit vor dem Krieg in keiner günstigen Lage war, hat gleichfalls ihren Hauptsitz im Norden, vornehmlich in der Normandie, und ist auf die Zufuhr über den Kanal angewiesen, leidet also gleichfalls heute mehr oder weniger stark. Die Seidenindustrie von Frankreich ist durch den Krieg nicht unmittelbar gefährdet, da sie im Süden liegt. Bezeichnend aber ist, daß die Departements, in denen die Seidenkultur vertreten ist, Ende Januar beim Handelsminister vorstellig geworden sind, um die Aufmerksamkeit der Regierung auf die grosse Krisis zu richten, in die die Seidenspinnerei geraten ist, wodurch die Seidenkultur selbst bedroht wird. Was von den Hauptindustriezweigen gilt, gilt mehr oder weniger auch von anderen Industriegebieten. Besser als eingehende Erläuterungen sprechen die Aufstellungen, die Dr. Schrödter über die französische Industrie im ganzen und über ihre in der Kriegszone liegenden Teile vor kurzem in der Zeitschrift Stahl und Eisen¹⁾ veröffentlicht hat, und aus denen ersichtlich ist, daß, abgesehen von den oben erwähnten Industriezweigen, auch große Teile der Nahrungsmittelindustrie, der Metallindustrie und der che-

¹⁾ vom 4 und 8. Februar 1915, s. a. Z. V. d. I. 1915 S. 207.

	Zahl der Dampfkessel			Anzahl der PS		
	Kriegszone	gesamtes Frankreich	vH	Kriegszone	gesamtes Frankreich	vH
Bergwerke und Steinbrüche . . .	3 135	8 542	36,7	321 160	530 421	60,5
Eisen- und Metallindustrie . . .	3 555	9 160	38,8	317 723	587 365	54,1
Landwirtschaftliche Betriebe . . .	3 263	28 834	11,3	26 717	187 549	14,2
Nahrungsmittelindustrie	5 521	15 633	35,3	107 901	230 526	46,8
Chemische Industrie u. Gerbereien	1 164	6 542	17,8	43 463	139 600	31,1
Textilindustrie	4 812	11 630	40,4	373 589	544 182	68,7
Papierfabriken u. Buchdruckereien	364	2 036	17,9	25 187	100 890	24,9
Möbelindustrie	766	2 639	29,0	17 195	48 535	20,7
Elektrizitätswerke	414	2 393	17,3	117 561	567 538	35,4
Bauunternehmungen und Verschiedenes	2 281	13 791	16,5	35 112	218 048	16,1
Staatsdienst	270	1 932	14,0	6 372	80 371	7,9
insgesamt	25 545	103 132	24,8	1 391 980	3 235 115	43,0

mischen Industrie durch den Krieg schwer geschädigt worden sind (vergl. die Zahlentafel). Nicht weniger als 40 vH der in PS ausgedrückten gesamten gewerblichen Tätigkeit Frankreichs, soweit sie sich der Dampfkraft bedient, liegen danach diesseits der eisernen Linie.
Mendel.

Rußlands Volkswirtschaft im Kriege.

Die Angaben über die russische Volkswirtschaft im Krieg entbehren meist genügender Zuverlässigkeit und Ausführlichkeit. Diese Tatsache hängt vor allem mit der Erschwerung des Verkehrs mit Rußland und der nicht allzu großen Verbreitung russischer Sprachkenntnisse außerhalb des russischen Reiches zusammen. Unter diesen Umständen erscheint es besonders verdienstlich, wenn im dritten Kriegsheft des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik (J. C. B. Mohr in Tübingen) ein ausführlicher Bericht auf Grund eingehender Studien der russischen Literatur und der Tages- und Finanzpresse wiedergegeben ist, der Dr. Judith Grünfeld-Coralnik (Kopenhagen) zur Verfasserin hat. Ihrer ausführlichen Schilderung der finanziellen Schwierigkeiten ist hier nur die Tatsache zu entnehmen, daß die Frage der Steuerreform Rußlands zur Zeit noch als ungeklärt zu gelten hat. Der Geldbedarf des Staates ist durch den Krieg ungeheuer gewachsen, aber über die Wege zu seiner Befriedigung, ob durch wesentliche Erhöhung der direkten oder indirekten Steuern, ist man sich auch in den führenden Kreisen noch nicht einig. Große Schwierigkeiten sind aber auch auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Erzeugung entstanden. Die Unterbindung der Ausfuhr mußte natürlich die russische Landwirtschaft viel stärker in Mitleidenschaft ziehen als die Industrie, die ja vorzugsweise für den inneren Markt arbeitet und deren Hauptschwierigkeiten vor allem mit der Erschwerung des Bezuges von Rohstoffen und Waren zusammenhängen, die Rußland bisher nicht zu liefern vermochte.

Die Landwirtschaft hat auch in Rußland unter den starken militärischen Einberufungen zu leiden gehabt, aber durch die Arbeit der russischen Bauerngemeinden, der „Mir“, soll doch die Ernte ohne Schwierigkeit eingebracht worden sein. Immerhin wirkt der Um-

stand, einen Getreideüberschuß in Höhe von 618 Millionen Pud¹⁾ zur Zeit nicht verwerten zu können, höchst hindernd auf das ganze Wirtschaftsleben. Bemerkenswert ist aber, daß trotz der großen Mengen an Lebensmitteln, die infolge der Ausfuhrstockung und zahlreicher Ausfuhrverbote im Lande verblieben sind, doch in manchen Gegenden und vor allem in den Großstädten eine starke Preiserhöhung eingesetzt hat, die man wohl nicht mit Unrecht als Lebensmittelwucher gekennzeichnet hat. Nach den abschließenden Angaben des russischen Zentralamtes für Statistik stellte sich die Ernte in 38 Gouvernements weit höher als der Verbrauch der Bevölkerung. Der Ueberschuß betrug 1027 Mill. Pud, in 35 Gouvernements aber trat ein Ausfall von 409 Mill. Pud ein, und 18 davon brauchten eine sehr starke Getreidezufuhr, die durch die erheblichen Verkehrshindernisse noch stark erschwert worden ist.

Ueber die industriellen Verhältnisse liegt bis jetzt nur eine Erhebung des Ministeriums für Handel und Industrie vor, die August und September umfaßt. Hiernach haben $\frac{2}{3}$ der Unternehmungen den Betrieb nicht eingeschränkt, während $\frac{1}{3}$ ihre Arbeit um etwa ein Drittel vermindert hat. Bemerkenswert ist, daß vor allem in der chemischen Industrie sehr starke Betriebseinschränkungen notwendig geworden sind, was nach den Berichten der Fabrikinspektoren auf Rohstoff-, Arbeiter und Brennstoffmangel, finanzielle Schwierigkeiten und Störungen im Eisenbahnverkehr zurückgeführt werden muß. Auch in der Metall- und Zementindustrie, wie überhaupt im Baugewerbe, haben sich Stockungen empfindlich bemerkbar gemacht.

Die Kohlenversorgung Rußlands leidet weniger unter Stoffmangel als unter Verkehrsschwierigkeiten. Die Steinkohlenförderung hat jedenfalls nicht nachgelassen, während die Einfuhr stark zurückgegangen ist. So wurden in den Monaten Juli bis September nur 72,7 Mill. Pud gegenüber 171,9 Mill im Vorjahr eingeführt. Anfangs Dezember tagte in Charkow der 39te Kongreß der Bergbauindustriellen Südrußlands, wobei über die Lage der Kohlen- und Eisenindustrie und über

¹⁾ 1 Pud = 16,38 kg.

die wirtschaftliche Zukunft Rußlands im allgemeinen gesprochen wurde. Auch die Eisenindustrie hat unter den Folgen des Krieges stark zu leiden, da die Nachfrage für Eisenerzeugnisse zurückgeht. Allgemein verbreitet ist aber jetzt in Rußland die Stimmung, daß der Krieg dazu führen müsse, die russische Industrie von der Abhängigkeit von Deutschland zu befreien. Diese Ansicht, die sich bemerkenswerter Weise auf den deutschen Volkswirtschaftler Fr. List stützt, wird auch in den Regierungskreisen vertreten. Bemerkenswert ist dabei der Ausspruch eines der Finanzverwaltung nahestehenden Schriftstellers in einem Aufsätze »Die Emanzipation unserer Industrie und unsere Schutzzölle«, worin es heißt: »Unsere ökonomische Emanzipation mit einer Erhöhung der ohnedies hohen Zölle anzufangen, wäre kaum angebracht. Die Politik des gesunden Protektionismus fordert, daß die Zollsätze auf die Erzeugnisse der bereits gefestigten Industriezweige allmählich sinken, was den Anstoß zur technischen Vervollkommnung gibt und zur Wiederherstellung des Einflusses der Konkurrenz im Innern führt«, und weiter heißt es: »der Apostel des Protektionismus Fr. List, auf dessen Lehre die Vertreter des Zollschatzes in Deutschland sich gestützt haben, behauptete, daß es unzweckmäßig sei, jene Industriezweige durch Zölle zu schützen, die zu ihrer Entwicklung Zollsätze von 40 bis 60 vH erfordern und deren Bestehen bei Zollsätzen von 20 bis 30 vH nicht gesichert sei.«

Die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands zu verfolgen, liegt sicherlich unmittelbar im deutschen Interesse. Die Entwicklung selbst zu übersehen, ist zur Zeit aber noch nicht möglich, da über die Zukunft wichtiger Industriegebiete im polnischen Westen erst in den nächsten Monaten entschieden werden dürfte. H. Gr.

Die Fragen deutscher Kapitalanlagen im Auslande.

Im gegenwärtigen Krieg ist die Vernichtung des deutschen Welthandels für England ein kaum weniger erstrebtes Ziel als unsere militärische Niederwerfung. Die Mittel zur Niederbringung unseres Außenhandels sind: Vernichtung der deutschen Handelsflotte, Schließung der Geschäfte und

Vertreibung der einzelnen Deutschen aus ihren Wirkungskreisen im Ausland, sowie nach Möglichkeit Einziehung des privaten deutschen Eigentums.

Es ist in diesem Zusammenhang von Wert, zu untersuchen, wie die verschiedenen Formen der Kapitalanlagen im Ausland die Kriegsprüfung bestanden haben. Was für verschiedenartige Formen in Betracht kommen, geht aus zwei Aufsätzen hervor, die kurz vor Ausbruch des Krieges erschienen waren und deren Inhalt kurz wiedergegeben sei.

Der »Internationale Volkswirt«¹⁾ bespricht die Kapitalanlagen im Ausland in ihrer Rolle als politische Machtmittel. Er erwähnt einen Ausspruch des Leiters der Hamburg-Amerikalinie, wonach das deutsche Nationalvermögen leider immer seltener im Ausland auftritt, während sich England und Frankreich mit ihrem Gelde fortwährend neue Gebiete unterwerfen. Das hat seine Bedenken, wenn es auch mit der an sich erfreulichen Tatsache zusammenhängt, daß die sich stürmisch dehnenden deutschen Gewerbe alles verfügbare Kapital anziehen. Da die Art der Kapitalanlage für den einzelnen Sparer im wesentlichen durch Rentabilität, Sicherheit und Möglichkeit von Kursgewinnen bestimmt wird, wird um so mehr Kapital die hochverzinslichen Anlagen im Auslande suchen, je leichter zugänglich sie sind. Hier können Staat, Börse und Banken bestimmte ausländische Werte bevorzugen oder ihnen Erschwerungen bereiten. Das gilt vor allem für Anleihen fremder Staaten, Gemeinden und Eisenbahnen; auf solche öffentliche Anlagen bezieht sich wohl auch der oben erwähnte Ausspruch. Bei der Anlegung industrieller Kapitalien kann man bezweifeln, ob das deutsche Kapital seit dem Beginn dieses Jahrhunderts so sehr hinter Frankreich und England zurückgeblieben ist. Natürlich ist aber der politische Einfluß der öffentlichen Anlagen bei weitem stärker. Für die politischen Wechselwirkungen zwischen Gläubiger- und Schuldnerstaat werden in dem Aufsatz einige Beispiele angeführt. Zu den rein politischen Beziehungen treten mehr und mehr die zwischen Kapital und Volks-

¹⁾ vom 10. Mai 1914.

wirtschaft. Es ist Brauch geworden, bei der Gewährung von Anleihen zu fordern, daß die dafür beschafften Schiffe, Schienen, Lokomotiven usw. bei der Industrie des Gläubigerstaates zu entnehmen sind. Der Gläubigerstaat aller Welt zu sein, hat aber auch seine Nachteile. Man entzieht, wie Frankreichs Beispiel zeigt, leicht der eigenen Volkswirtschaft die besten Kräfte. Will man den politischen Einfluß bewahren, so folgt daraus der Zwang, immer an der Spitze der Gläubigerstaaten zu bleiben, denn einem Staate gegenüber, der einigermaßen gleichmäßig von allen Seiten Kapitalzufuhren erhält, versagt die Bedeutung der Anleihen als politisches Machtmittel.

Ähnliche Gedankengänge führt Dr. Melchior¹⁾ durch; er geht aber mehr von der Rückwirkung ausländischer Anlagen auf Deutschlands weltwirtschaftliche als auf seine rein politische Stellung aus. Die Bedeutung des Auslandsmarktes für Deutschland ist gegen früher stark gestiegen. Je mehr er sich ausdehnt, um so mehr gelangt er in Länder, die nicht ohne weiteres im Stande sind, das, was sie kaufen möchten, zu bezahlen. Hier gilt es, die Gelder vorzuschießen. Die Zeiten sind vorbei, in denen Finanzgeschäfte mit auswärtigen Staaten ohne die Forderung entsprechender Gegenbestellungen gemacht werden. Früher konnte Deutschland viele Lieferungen ausführen, zu denen andere das Geld gaben. Heute pflegen unter dem Druck der öffentlichen Meinung und infolge der Gewinnbeteiligung der Banken an großen industriellen Aufträgen Anleihen, deren Erlös für industrielle Zwecke bestimmt ist, nur unter der Bedingung der Erteilung dieser Aufträge an die Industrie des Gläubigerstaates gewährt zu werden. Das zwingt Deutschland mehr als bisher zu Kapitalhergaben an das Ausland. Würde der deutsche Kapitalmarkt in dieser Beziehung versagen, so würde mit der Zeit ohne Zweifel ein Stocken in der industriellen Ausfuhr eintreten.

Die Formen, worin sich die Finanzierung unserer Ausfuhr darstellt, sind sehr verschieden. Bei Eisenbahn- und Kriegsmateriallieferungen, auch bei Anleihen von Gemeinden und Eisenbahnen

wird entweder im Hauptvertrag selbst oder in einem Nebenvertrag festgestellt, inwieweit der Erlös zu Aufträgen an das geldgebende Land zu dienen hat. Anders natürlich bei den Geldbedürfnissen, die zur Beschaffung kleinerer Anlagen entstehen. In solchen Fällen werden Gesellschaften errichtet, die in dem geldgebenden Land Aktien oder Obligationen ausgeben und von dort dafür die Einrichtungen beziehen. Beispiele dafür sind die Finanzierungsgesellschaften der großen deutschen Elektrizitätswerke. Soweit sie ihren Sitz in der Schweiz oder in Belgien haben, ist das nur ein Ausweichen vor Steuerbelastung, es handelt sich auch hier im wesentlichen um deutsches Kapital. Den Handel Deutschlands fördernd wirken auch Beteiligungen an solchen ausländischen Unternehmen, die zwar nichts aus Deutschland beziehen, aber über die für uns unentbehrlichen Rohstoffe, wie Nahrungs- und Genußmittel, verfügen. Nicht abzulehnen ist auch die Bereitstellung deutschen Kapitals für die Errichtung von selbständigen Handelsgeschäften im Ausland. Insbesondere in den Hansestädten wird dafür viel Geld in Form der Errichtung von Filialen, Beteiligung mit Kommanditkapitalien usw. aufgewendet. Auch die Anlage in rein ausländischen Unternehmen ist dann für Deutschland vorteilhaft, wenn sich das Kapital dort stark vermehrt, denn so entstandenes ausländisches Kapital unterhält gewöhnlich lebhaft Beziehungen zu seinem Ursprungsland.

Deutsche Anlagen im Auslande bilden auch eine Reserve für Kriegs- und Krisenzeiten. Anleihen, die diesem Zwecke dienen, sind daher in einem gewissen Umfange gerechtfertigt, auch wenn sie keine unmittelbaren politischen oder wirtschaftlichen Sondervorteile mit sich bringen. Bei der starken Rückwirkung, die Anleihebeziehungen politisch und handelspolitisch haben, muß das Auswärtige Amt bei allen größeren Transaktionen gehört werden. Man muß übrigens letzten Endes vor einer Ueberschätzung des Einflusses von Anleihen warnen; in entscheidenden Augenblicken gruppieren sich die Völker wesentlich doch nach anderen Gesichtspunkten.

Neben dauernden Kapitalanlagen im Auslande stehen vorübergehende von recht erheblichem Umfange. Deutsch-

¹⁾ Siehe »Bank-Archiv« vom 15. Mai 1914 (Nr. 16).

land, das bis vor kurzem in dieser Beziehung Schuldnerstaat war, hat jetzt gegen Unterlage von Wechseln vielfach erhebliche Beträge an andere Länder ausgeliehen, und im Mittelpunkt des Weltzahlungsverkehrs, in London, unterhalten unsere Banken und großen Handelsfirmen erhebliche Guthaben. Viele kurzfristige Kredite werden im laufenden Handelsverkehr gegeben oder von deutschen Bankfilialen im Ausland erteilt. Letztere sind allerdings oft nur theoretisch kurzfristig, in Wirklichkeit sind die Gelder vielfach gar nicht wieder einzutreiben und müssen dauernd ausgeliehen bleiben.

Die Höhe aller Kapitalanlagen Deutschlands im Ausland ist vor kurzem von Helfferich auf rd. 20 Milliarden bewertet worden. 15 bis 16 Milliarden sollen davon auf Effektenbesitz, 3 bis 4 auf sonstige Beteiligungen entfallen. Zum Schutze dieser deutschen Anleihkapitalien im Auslande stehen im wesentlichen die Diplomatie und Beziehungen zu politischen Persönlichkeiten der betreffenden Länder zur Verfügung, die aber gegenüber manchem böswilligen Schuldnerstaat infolge der europäischen Uneinigkeit versagt haben. Für privates Leihkapital liegt der beste Schutz in einer sorgfältigen Auskunfterteilung über die Verhältnisse der betreffenden Länder, damit die Kredite den günstigen oder ungünstigen Entwicklungen rechtzeitig angepaßt werden.

Dr. Melchior geht zum Schluß auf die mittelbaren Beziehungen ein, die zwischen deutschen Kapitalinteressen und dem deutschen Schul und Nachrichtenwesen im Auslande bestehen. Die Schlußfolgerung aus allem ist: Es gilt, in der Anlage des deutschen Kapitals sorgfältig zwischen dem zum Ausbau der heimischen Gewerbe und der deutschen Landwirtschaft und dem zur Aufrechterhaltung unserer Ausfuhr Nötigen abzuwägen. Im ganzen besteht bei uns eher die Gefahr, daß die Kapitalausfuhr zu gering, als daß sie zu groß ist. Dahin wirken unsere innerpolitischen Verhältnisse. Sollten der deutschen Kapitalausfuhr übertriebene Schranken entgegengestellt werden, so würde die Ausfuhrfähigkeit Deutschlands notwendig zurückgehen.

Wenn man die besprochenen Formen der Kapitalanlagen im Ausland auf ihre Bewährung im Krieg untersuchen will, so bietet sich die große

Schwierigkeit, inwieweit die Verhältnisse des gegenwärtigen Weltkrieges als Ausgang einer solchen Beurteilung zu wählen sind. Wollte man alles das als fehlerhaft bezeichnen, was in der gegenwärtigen Menschheitskatastrophe zusammenbricht, so wird es schwer sein, überhaupt von einer Sicherheit zu reden. Das Ende des Krieges wird auch erst die Möglichkeit geben, zu übersehen, was geblieben und was unwiederbringlich verloren ist. Es kann sich also gegenwärtig nur darum handeln, einige wenige Gesichtspunkte anzudeuten, die hervorzutreten scheinen.

Die schweren Folgen von Riesenkrediten, die ein Großstaat dem anderen gibt, zeigen sich deutlich in der Aneinanderkettung Rußlands und Frankreichs. Beide könnten nur unter der Gefahr größter wirtschaftlicher Gefahren voneinander loskommen. Daraus erwächst die Lehre, daß nur zwei Staaten, die ihrer ganzen Lage nach unter allen Umständen politisch und wirtschaftlich Schulter an Schulter stehen müssen, sich gegenseitig derartig festlegen dürfen. Für finanzielle Abhängigkeitsverhältnisse kleiner Staaten von Großstaaten sind die Vorgänge zwischen England und Portugal und in einigen Balkanstaaten lehrreich. Andere Balkanstaaten zeigen, daß Melchior Recht hat, wenn er sagt, es gruppierten sich die Staaten in entscheidenden Augenblicken doch nach wesentlich anderen als finanziellen Gesichtspunkten.

Der politische Einfluß liegt überwiegend auf seiten öffentlicher Kredite. Die größten Entscheidungen der äußeren Politik pflegen über die Köpfe der Völker hinweg zu gehen, andererseits freilich wird ihre Richtung nur durch Volkstimmungen ermöglicht, die mindestens bei einer erheblichen Minderheit vorhanden sein müssen. Zu- und Abneigungen der Volksmassen, die politisch benutzt werden können, pflegen im weiten Umfang von wirtschaftlichen Gesichtspunkten mitbestimmt zu sein. Bei Rußland hat die Vorstellung von einer wirtschaftlichen Vergewaltigung durch Deutschland erheblich mitgewirkt. Diese neuerdings hervortretende Abneigung gegen die wirtschaftliche Betätigung der Deutschen in Rußland war zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, daß

das deutsche Bankkapital einen rücksichtslosen Wettbewerb mit den einheimischen, vor allem den national-russischen Industriellen pflegte, anstatt das russische Unternehmertum heranzuziehen und mitverdienend zu lassen. Nach dieser Richtung muß ganz allgemein die Art deutscher Kapitalanlagen im Ausland einer Nachprüfung unterzogen werden. Es gilt, die kapitalistische Unterstützung der ehrlichen Arbeit gegenüber spekulativen Gesichtspunkten mehr in den Vordergrund zu stellen. Die Sicherheit deutschen Kapitals im Frieden und im Krieg kann dabei nur gewinnen, und die Wiederknüpfung gestörter Beziehungen nach dem Kriege wird durch persönliche Vertrauensverhältnisse erheblich erleichtert.

Die kurzfristigen Handels- und Lieferungskredite ließen sich vielleicht dadurch besser sichern, daß unter entsprechender Gewinnbeteiligung einheimische Banken des beziehenden Landes die erforderlichen Handelskredite vorschießen und überwachen. Es ist besser, solchen Banken die nötigen Mittel in großen Beträgen zur Verfügung zu stellen, als daß unzählige kleine Wechsel und Buchforderungen zugunsten deutscher Fabrikanten bestehen, von denen schon aus rein persönlichen Gründen in Kriegszeiten ein großer Teil unwiederbringlich verloren geht.

Mehr als bisher müssen alle Arten deutscher Kapitalanlagen im Ausland nach dem Krieg nach großen einheitlichen Gesichtspunkten geleitet werden. Die Regierung darf sich in Fragen der Kapitalanlagen im Ausland nicht so sehr ins Schlepptau der Großbanken nehmen lassen, wie das in den letzten Jahren vielfach geschehen ist.

Ob es, wie von einigen Seiten empfohlen wird, angebracht ist, die deutsche Außenhandelsarbeit nach dem Kriege geographisch enger zu begrenzen — natürlich dann unter schärferer Bearbeitung der verbleibenden Gebiete —, kann fraglich erscheinen. Gelingt es Deutschland, die unbedingte Vorrherrschaft der Engländer zur See zu durchbrechen, so ist zu solcher Beschränkung gar kein Grund; aber auch wenn wir nur die bisherige relative Stellung gegenüber England wahren, kann man anderer Meinung sein. Die Bedeutung des deutschen Welthandels,

den wir nicht entbehren können, beruhte wesentlich darauf, daß wir überall in der Welt zu finden waren. Die zerstörte Lebensarbeit unzähliger Auslandsdeutscher wird neue Vorkämpfer nicht abhalten, wieder wagemutig hinauszuziehen. Es gilt, ihnen Mittel an die Hand zu geben, damit sie möglichst schnell die zerrissenen Fäden wieder knüpfen können. Eine einheitliche und großzügige Organisation der deutschen Auslandsbetätigung, nicht zuletzt der Kapitalanlagen im Ausland, ist eine der dringendsten Aufgaben, die nach dem Krieg ohne Zögern in Angriff genommen werden muß.

Die deutsche Volkswirtschaft im Kriege mit einem Anhang über die wirtschaftliche Gesetzgebung, herausgegeben von der Direktion der Diskonto Gesellschaft. 1915, 109 Seiten.

Die Direktion der Diskonto-Gesellschaft hat eine übersichtliche Darstellung der deutschen Volkswirtschaft im Kriege gegeben, die sich auf die ersten sechs Monate erstreckt und durch spätere Mitteilungen ergänzt werden soll. Solche Schilderungen werden immer willkommen sein, vor allem in Zeiten, wo die Flut der Tagesereignisse eine Zusammenfassung besonders notwendig erscheinen läßt, während anderseits eine Zurückhaltung in der Beurteilung aus höheren Gesichtspunkten heraus geboten erscheint. Einmal erscheint ja die Zeit für eine abschließende Beurteilung der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung noch nicht gekommen, und außerdem erfordert die Gegenwart auch gegenüber dem Ausland eine größere Zurückhaltung im Gesamturteil. Diese Zurückhaltung zeigt sich auch in der vorliegenden Broschüre, deren besonderer Wert in den statistischen Einzelangaben der Einleitung und vor allem in dem Anhang über die wirtschaftlichen Gesetze und Verordnungen liegen dürfte. Die Lage der verschiedenen Industrien ist nur wenig eingehend behandelt worden, während sich über die finanziellen Verhältnisse auch im ersten Teil längere Ausführungen von allgemeinem Interesse finden.

Der Ueberblick hinterläßt einen sehr günstigen Eindruck über die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft im Krieg und dürfte jedenfalls im Inland wie im neutralen oder feindlichen Aus-

land erkennen lassen, daß in der deutschen Volkswirtschaft eine Fülle von Kraft und Energie vorhanden ist, die nicht so leicht erschüttert werden kann. H. Großmann.

50 Jahre sächsische Volkswirtschaft.

Unter diesem Titel hat das Dresdener Bankhaus von Gebr. Arnhold, das im Oktober des vorigen Jahres das Jubiläum seines 50jährigen Bestehens feiern konnte, durch sein Archiv eine außerordentlich wertvolle Festschrift herausgegeben, die als ein mustergültiges Dokument für die Entwicklung der sächsischen Volkswirtschaft zu bezeichnen ist. Sie enthält eine auf Grund von amtlichem und privaten Material bearbeitete statistische volkswirtschaftliche Darstellung, wie sie in gleicher Art bisher nur sehr selten veröffentlicht worden ist. Besonders hervorzuheben ist dabei, daß das Bankhaus selbst in vornehmer Selbstbescheidung auf eine Schilderung seines eigenen Entwicklungsganges ganz verzichtet und nur in einem dem Bank-, Kredit- und Börsenwesen gewidmeten Abschnitt mit Recht etwas ausführlicher die engen Beziehungen hervorgehoben hat, die das Bankwesen mit der Industrie verknüpfen. Im gegenwärtigen Zeitpunkt kommen solche Zusammenstellungen gerade recht; zeigen sie doch, wie trotz aller Schwierigkeiten auch in der deutschen Volkswirtschaft das Stichwort »Vorwärts« stets seine Geltung gehabt hat. Das hochindustrielle Sachsen mit seinem gewaltigen Verkehr ist auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft stets ein Vorbild intensiver Wirtschaftsführung gewesen. Es gibt in der Tat keine Art industrieller Tätigkeit, die bei dem zähen, etwas nüchternen, aber auch erfindungsreichen Sachsenvolke nicht einen hohen Stand technischer Vollendung erreicht hätte. Sachsens Arbeit hat nicht nur im Inland, sondern auch auf dem Weltmarkte große Erfolge erzielt, und wir dürfen mit Zuversicht hoffen, daß nach Beendigung des Krieges auch die sächsische Volkswirtschaft einem neuen Aufschwung entgegen gehen wird. G.

Die Volksernährung im Kriege.

Unter diesem Titel ist soeben im Verlage von Reimar Hobbing, Berlin, zum Preise von 2 M die Zusammenfassung der Vorträge erschienen, die auf Veranlassung des preußischen Ministeriums des Innern in einem Lehrkursus für Redner Anfang des Jahres gehalten worden sind. Inzwischen sind diese Redner in allen Teilen des Reiches und in allen Schichten des Volkes durch Aufklärung über die wichtigen Fragen unserer Ernährung im Kriege tätig gewesen, und so bringt uns das nun etwas verspätet erschienene Büchlein nicht mehr wesentlich Neues. Aber in seinen Beiträgen von Fachgelehrten wie Sering, Rubner, Kuczinsky, Eltzbacher, besitzt es einen erfreulichen wissenschaftlichen Wert und in den »rednerischen Unterweisungen« von Friedrich Naumann eine reizvolle Krönung des vaterländischen Zweckes, zu dem sich hier die Gelehrten mit dem erfahrenen Volksredner (im besten Sinne des Wortes) zusammengefunden haben.

Spricht dieses Buch gemäß seiner Entstehung mehr zu denen, welche sich berufen fühlen, die große Menge unseres Volkes auf Grund des gebotenen wissenschaftlichen Inhaltes zu unterweisen, so wendet sich eine kleinere, vom preußischen Ministerium des Innern selbst herausgegebene Schrift »Die Ernährung im Kriege« unmittelbar an das Volk. Auf 54 Seiten mit großem, klaren Deutschdruck, in knapper, einfacher Schreibweise, frei von jeder Schönfärberei und Schwarzmalerei ist hier alles für das Verständnis der Frage Erforderliche zusammengefaßt. Wir stehen nicht an, das kleine Werk in seiner überzeugenden Schlichtheit als ein hervorragendes Beweisstück unserer großen, von nie erlebter Einmütigkeit im Denken und Handeln, von Zuversicht und Opfermut getragenen Zeit zu bezeichnen.

Berichtigung. Auf Wunsch eines ungarischen Lesers berichtigen wir zu S. 84, daß es in der rechten Spalte Zeile 22 von oben nicht österreichischer Ministerpräsident Tisza, sondern ungarischer Ministerpräsident Tisza heißen muß.